

Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturproj ekte Frankfurt GmbH

Mainzer Landstraße 191
60327 Frankfurt am Main
Deutschland

Jane Petzold
j.petzold@sbev-frankfurt.de

+49 6921329971

NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Offenes Verfahren (EU)

Ausschreibungsnr.: SBEV-2025-0001

Vergabeunterlagen

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	4
0000_Inhaltsverzeichnis_NR43b	4
1300 ff. Unterlagen Angebotsphase	6
1310_Hinweis zu Formular Vertraulichkeitserklärung_NR43b_V2	6
1320_EU_Aufforderung_Angebotsabgabe_03-22	7
1340_EU-Teilnahmebedingungen_Angebotsabgabe_01-21.pdf	11
1371_Erläuterungstext Zuschlagskriterien_NR43b	13
1372_Hinweis zu Formular Persönliche Referenzen_NR43b	17
1405_Angebotsschreiben_NR43b	18
1410_Eigenerklärung_Eignung_03-22	21
1413_RS_EU_Sanktion_bmwsb_Eigenerklärung	25
1420_Leistungen anderer Unternehmen (Eignungsleihe)	27
1425_Verpflichtungserklärung Eignungsleihe.pdf	28
1431_Leistungen Unterauftragnehmer	29
1435_Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer	30
1440_Erklärung_Bieter-_Arbeitsgemeinschaft_03-22	31
1450_Verpflichtungserklärung Tariftreue HVTG	32
1490_Erklärung Vergabesperre	34
1610_Versicherungsübersicht	35
1700 ff. Vertragsunterlagen	49
1715_AVB F-StB_Ausgabe 2022	49
1725-1_Liste_Projektverantwortliche_410_Löschanlagen	59
1725-2_Liste_Projektverantwortliche_430 Raumluftechnik	61
1725-3_Liste_Projektverantwortliche_440 Starkstrom	63
1725-4_Liste_Projektverantwortliche_450 Nachrichtentechnik	65
1725-5_Liste_Projektverantwortliche_460 Förderanlagen	67
1725-6_Liste_Projektverantwortliche_480 Gebäudeautomation	69
1750_WBVB Ing_VP43b	71
1760_Verpflichtungserklärung LKSG	82
1950_Datenschutzhinweise DS-GVO_01-25	84
Produkte/Leistungen	89
Eignungskriterien	95
Leistungskriterien	97
Anlagen	100

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	SBEV-2025-0001
Maßnahme	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Auftragsbezeichnung	NR43b: Sachverständigenleistungen n - Technischer Ausbau KG 400
Auftragsbeschreibung	NR43b: Sachverständigenleistungen n - Technischer Ausbau KG 400 Das Projekt Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 – Europaviertel befasst sich mit der Verlängerung der Stadtbahnlinie U5 vom Hauptbahnhof in das Europaviertel. Basierend auf einer vorhandenen Ausführungsplanung wird die Planung fortgeschrieben, ausgeschrieben und baulich realisiert. Ausschreibung der Sachverständigenleistungen n Technischer Ausbau KG 400 für die HOAI-Leistungsphasen 5 bis 8 für die gesamten Betriebsanlagen (Planprüfung, Abnahmeprüfung, TPrüfV): Die Ausschreibung erfolgt in 6 Los. Los 1 410 Sachverständigenleistungen n für Löschanlagen • Wandhydrantenanlage • Löschwassereinspeisestellen trocken • Hebeanlagen Los 2 430 Sachverständigenleistungen n für Raumlufttechnik • Lüftungsanlagen • Klimatechnische Anlagen Los 3 440 Sachverständigenleistungen n für Starkstrom • Elektrische Anlagen Licht und Kraft • Stromversorgung MS/NS (Gebäudeversorgung) • Sicherheitsstromversorgung NEA • USV-Anlagen • Beleuchtungsanlagen • Sicherheitsbeleuchtung • Potenzialausgleich / Erdung Los 4 450 Sachverständigenleistungen n für Nachrichtentechnik • Brandmelde- und Alarmierungsanlage • Sprachalarmierungsanlage • Elektroakustische Anlagen • Fernsprechanlagen • Prozessnetzwerk • Sicherheit und Service (Notruf, Objektschutz, Videoanlagen) • Dynamische Fahrgastinformation und Uhren • Betriebsfunk und Gebädefunk BOS (digital) Los 5 460 Sachverständigenleistungen n für Förderanlagen • Aufzugsanlage • Fahrtreppen Los 6 480 Sachverständigenleistungen n für Gebäudeautomation • Gebäudeautomation • Zentrale Leittechnik

VERFAHREN

Auftraggeber	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
Auftragbertyp	
Liefer-/Ausführungsort	60327 Frankfurt am Main
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja								
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für alle Lose anbieten (aber auch für weniger)								
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 70%: 30%								
Klassifizierungen	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>71000000-8</td><td>Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen</td></tr> <tr> <td>71300000-1</td><td>Dienstleistungen von Ingenieurbüros</td></tr> <tr> <td>71330000-0</td><td>Verschiedene von Ingenieuren erbrachte Dienstleistungen</td></tr> </tbody> </table>	Code	Bezeichnung	71000000-8	Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen	71300000-1	Dienstleistungen von Ingenieurbüros	71330000-0	Verschiedene von Ingenieuren erbrachte Dienstleistungen
Code	Bezeichnung								
71000000-8	Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen								
71300000-1	Dienstleistungen von Ingenieurbüros								
71330000-0	Verschiedene von Ingenieuren erbrachte Dienstleistungen								

ANGEBOTE

Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Werkvertrag
Auf-/Abgebotsverfahren	Standard

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	12.02.2025
Vorinformation	

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	03.04.2025 23:59
Eröffnungstermin (nur VOB)	
Angebotsfrist	15.04.2025 10:00:00
Bindefrist	20.06.2025
Voraussichtlicher Versand Vorabinformation	30.05.2025

AUFTRAGSDAUER

Beginn	
Ende	
Anmerkungen	Beginn der Ausführung: voraussichtlich Mai 2025 mit einer Mindestlaufzeit von 24 Monaten

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Die Abgabe eines Angebotes hat ausschließlich in elektronischer Form über das Online-Portal <https://www.deutsche-evergabe.de> zu erfolgen.

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direksuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

Das elektronische Angebot ist mit allen geforderten Unterlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

Bis zur Abgabefrist können Sie Ihr bereits eingereichtes Angebot zurückziehen und Änderungen vornehmen; das überarbeitete Angebot ist in gleicher Weise einzureichen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 03.04.2025 23:59 Uhr eingegangen sein.
Der Auftraggeber behält sich vor, später eingehende Fragen nicht mehr zu beantworten.

Die Beantwortung von Bieterfragen sowie die Kommunikation zwischen Bietern und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über die eVergabe-Plattform unter „Nachrichten“. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet. Die Interessenten sind daher im eigenen Interesse verpflichtet, regelmäßig in Ihrem elektronischen Postfach nachzusehen, ob Nachrichten eingegangen sind.

Hinweis: Den Bieterassistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off. Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

BEARBEITUNG VON DOKUMENTEN

Allgemein

Der Bieter versichert mit seinem Angebot, alle der Ausschreibung beigelegten Unterlagen gesichtet zu haben. Ferner sind entsprechend den Anforderungen aus den Ausschreibungsunterlagen (Aufforderung zur Angebotsabgabe, Bekanntmachung etc.) alle geforderten Formulare auszufüllen bzw. alle geforderten Unterlagen dem Angebot anzuhängen.

Ausfüllen von Formularen

Grundsätzlich sind alle von uns zur Verfügung gestellten Formulare direkt im Online-Portal zu bearbeiten. Sollte dies nicht möglich sein, ist das jeweilige Formular bzw. Dokument auszudrucken, handschriftlich auszufüllen und auf dem Online-Portal hochzuladen.

Abspeichern der Eingaben

Bitte beachten Sie, dass nach Bearbeiten von Formularen im Online-Portal, das jeweilige Formular bzw. Dokument zu speichern ist. Hierfür ist in jedem Formular das Icon "Dokument speichern" (oben rechts im Formular) zu drücken. Ansonsten werden Ihre Eintragungen nicht gespeichert. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte aus dem Online-Portal.

Unterschrift Formulare

Für Formulare, bei denen eine Unterschrift gefordert wird, gilt bei elektronischer Angebotsabgabe in Textform das Folgende: Anstelle von Originalunterschrift und Firmenstempel sind nur der Name der Firma und der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, anzugeben. Sind diese Angaben bei Formularen im Online-Portal nicht möglich, dann sind diese Formulare auszudrucken, handschriftlich zu unterzeichnen und anschließend mit dem Angebot auf dem Online-Portal hochzuladen.

Wichtiger Hinweis

Das Online-Portal auf dem diese Ausschreibung inkl. Ausschreibungsunterlagen aufgeführt ist, unterscheidet bei den unter der Rubrik "Vertragsbedingungen/Formulare" aufgeführten Unterlagen nach PDF-Dokumenten mit blauen PDF-Symbolen (nur zu lesende

Dokumente) und PDF-Dokumenten mit roten PDF-Symbolen (zu bearbeitende Dokumente). ***Wir weisen aber darauf hin, dass es vorkommen kann, dass Dokumente die mit einem blauen PDF-Symbol versehen sind, ebenfalls bearbeitet werden müssen.*** Wir bitten daher die Bieter die Anforderungen aus den Ausschreibungsunterlagen (insbesondere die Aufforderung zur Angebotsabgabe und die Bekanntmachung) sorgfältig zu lesen und entsprechend alle geforderten Unterlagen zu bearbeiten.

Angebote dürfen nicht über die "Nachrichtenfunktion" eingereicht werden sondern auf dem im Online-Portal vorgesehenen Weg.

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung	NR43b: Sachverständigenleistung - Technischer Ausbau KG 400

Dokumentnummer	Dokumentenbezeichnung
0000	Inhaltsverzeichnis zum VP
1300 ff.	Unterlagen Angebotsphase
1310	Vertraulichkeitserklärung
1320	EU-Aufforderung Angebotsabgabe
1340	EU-Teilnahmebedingungen Angebotsabgabe
1371	Erläuterungstext der Zuschlagskriterien
1372	Persönliche Referenzen
1405	Angebotsschreiben Lose (HVA-F Vordruck 10303)
1410	Eigenerklärung Eignung
1413	Eigenerklärung in Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen
1420	Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)
1425	HVA F-StB Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Vordruck 10006a)
1431	HVA F-StB EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer (Vordruck 10005)
1435	HVA F-StB Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Vordruck 10006)
1440	HVA F-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (Vordruck 10007)
1450	Verpflichtung Tariftreue HVTG
1490	Erklärung Vergabesperre
1610	Versicherungsübersicht
1700 ff.	Vertragsunterlagen
1715	Allgemeine Vertragsbedingungen für freiberufliche Leistungen im Straßen- und Brückenbau AVB-F-StB, Ausgabe 2022
1725-1	Liste der Projektverantwortlichen Los 1: 410 - SV-Leistungen für Löschanlagen (HVA-F Vordruck 10009)
1725-2	Liste der Projektverantwortlichen Los 2: 430 - SV-Leistungen für Raumluftechnik (HVA-F Vordruck 10009)
1725-3	Liste der Projektverantwortlichen Los 3: 440 - SV-Leistungen für Starkstrom (HVA-F Vordruck 10009)
1725-4	Liste der Projektverantwortlichen Los 4: 450 - SV-Leistungen für Nachrichtentechnik (HVA-F Vordruck 10009)
1725-5	Liste der Projektverantwortlichen Los 5: 460 - SV-Leistungen für Förderanlagen (HVA-F Vordruck 10009)
1725-6	Liste der Projektverantwortlichen Los 6: 480 - SV-Leistungen für Gebäudeautomation (HVA-F Vordruck 10009)
1750	Weitere Besondere Vertragsbedingungen (WBVB)
1760	Verpflichtungserklärung hinsichtlich dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz LkSG
1950	Datenschutzhinweise DS-GVO
2000 ff.	Leistungsbeschreibung
2100	Allgemeine Projektbeschreibung Gesamtprojekt
2200	Allgemeines Leistungsbild und Beschreibung der Projektorganisation
2201	Leistungsbild Los 1, KG410 Löschanlagen
2202	Leistungsbild Los 2, KG430 Raumluftechnik
2203	Leistungsbild Los 3, KG440 Starkstrom
2204	Leistungsbild Los 4, KG450 Nachrichtentechnik
2205	Leistungsbild Los 5, KG460 Förderanlagen
2206	Leistungsbild Los 6, KG480 Gebäudeautomation
2210	Organisationsstruktur der SBEV
2310-1	Preisblatt Los 1, KG410 Löschanlagen
2310-2	Preisblatt Los 2, KG430 Raumluftechnik
2310-3	Preisblatt Los 3, KG440 Starkstrom

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung	NR43b: Sachverständigenleistung - Technischer Ausbau KG 400

Dokumentennummer	Dokumentenbezeichnung
2310-4	Preisblatt Los 4, KG450 Nachrichtentechnik
2310-5	Preisblatt Los 5, KG460 Förderanlagen
2310-6	Preisblatt Los 6, KG480 Gebäudeautomation
2400	Allgemeine Planunterlagen mit Planverzeichnis (Planmappe)
2410	Gewerkepläne Leistungsbild Lose 1 bis 6 mit Planverzeichnis (gegen Abgabe Vertraulichkeitserklärung)
2421	Dokumentprüfmatrix Los 1
2422	Dokumentprüfmatrix Los 2
2423	Dokumentprüfmatrix Los 3
2424	Dokumentprüfmatrix Los 4
2425	Dokumentprüfmatrix Los 5
2426	Dokumentprüfmatrix Los 6
3000 ff.	Terminpläne
3010	Rahmenterminplan des Gewerks (unverbindlich)

Hinweis zu Formular „Dokument 1310_Vertraulichkeitserklärung“

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel
Leistung	VP43b: Sachverständigenleistungen – Technischer Ausbau KG400

Das zu bearbeitende Dokument 1310 (Vertraulichkeitserklärung) befindet sich auf der Vergabeplattform unter dem Punkt „Anlagen“. Es kann dort als Word-Dokument heruntergeladen und bearbeitet werden. Im Falle einer Bietergemeinschaft bitten wir um eine Erklärung pro ARGE-Mitglied. Die Erklärung(en) sind anschließend über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform an die Vergabestelle zu versenden. Die Vergabestelle wird nach Erhalt der ordnungsgemäß ausgefüllten und unterschriebenen Vertraulichkeitserklärung die Planunterlage – ebenfalls über die Bieterkommunikation - versenden bzw. einen Download-Link übermitteln.

EU-Aufforderung Angebotsabgabe

Vergabestelle

Stadtbahn Entwicklung und
Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
Mainzer Landstraße 191
60327 Frankfurt am Main
Deutschland

Ort: Frankfurt am MainDatum: 12.02.2025Telefon: +49 6921329860Fax: +49 6921329974E-Mail: info@sbev-frankfurt.deAz.-Nr.: SBEV-2025-0001**Vergabeart**

- ☐ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
☐ Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
☒ Offenes Verfahren

Bek. im EU-Amtsblatt vom**Ablauf der Einreichungsfrist:**Datum: 15.04.2025 10:00:00

Ort: _____

Raum: _____

EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe

- ☐ Folgeangebot
☒ Endgültiges Angebot

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Anlagen:**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:**

- ☒ HVA F-StB EU-Teilnahmebedingungen Angebotsabgabe (Dokument 1340)
☒ Datenschutzhinweise DS-GVO (Dokument 1950)
☒ Erläuterungstext der Zuschlagskriterien (Dokument 1371)
☒ Versicherungsübersicht (Dokument 1610)
☒ Rahmenterminplan des Gewerks (unverbindlich) (Dokument 3010)
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐

B) die beim Bieter verbleiben und die Vertragsabwicklung betreffen:

- ☒ Allgemeine Vertragsbedingungen AVB-F 2022 (Dokument 1715)
- ☒ Weitere Besondere Vertragsbedingungen (WBVB-Ing.) (Dokument 1750)
- ☒ Allgemeine Projektbeschreibung Gesamtprojekt (Dokument 2100)
- ☒ Allgemeines Leistungsbild mit Beschreibung der Projektorganisation (Dokument 2200)
- ☒ Leistungsbild Los 1 KG410 Löschanlagen (Dok. 2201) falls Los angeboten und bezuschlagt
- ☒ Leistungsbild Los 2 KG430 Raumluftechnik (Dok. 2202) falls Los angeboten und bezuschlagt
- ☒ Leistungsbild Los 3 KG440 Starkstrom (Dok. 2203) falls Los angeboten und bezuschlagt
- ☒ Leistungsbild Los 4 KG450 Nachrichtentech (Dok. 2204) falls Los angeboten und bezuschlagt
- ☒ Leistungsbild Los 5 KG460 Förderanlagen (Dok. 2205) falls Los angeboten und bezuschlagt
- ☒ Leistungsbild Los 6 KG480 Gebäudeautom. (Dok. 2206) falls Los angeboten und bezuschlagt
- ☒ Organisationsstruktur der SBEV (Dokument 2210)
- ☒ Planunterlagen mit Planverzeichnis (Dokument 2400)
- ☒ Dokumentenprüfmatrix Los 1 - 6 (Dok. 2421-2426) falls Los angeboten & bezuschlagt wird
- ☒ Gewerkepläne Leistungsbild Los 1-6 mit Planverzeichnis (Dok. 2410) für beauftragte Lose
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ HVA F-StB Angebotsschreiben (Dokument 1405)
- ☒ Persönliche Referenzen (Dokument 1372)
- ☒ Eigenerklärung in Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen (Dokument 1413)
- ☒ Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (Dokument 1420)
- ☒ HVA F-StB Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Dokument 1425)
- ☒ HVA F-StB EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer (Dokument 1431)
- ☒ HVA F-StB Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Dokument 1435)
- ☒ HVA F-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (Dokument 1440)
- ☒ Verpflichtung Tariftreue HVTG (Dokument 1450)
- ☒ Erklärung Vergabesperre (Dokument 1490)
- ☒ HVA F-StB Liste der Projektverantwortlichen (Dok 1725-1 bis 1725-6) je angebotenes Los
- ☒ Verpflichtungserklärung hinsichtlich dem LkSG (Dokument 1760)
- ☒ Preisblätter zu den Losen 1 bis 6 (Dok. 2310-1 bis 2310-6) je angebotenes Los
- ☒ Eigenerklärung Eignung (Dokument 1410)
- ☐
- ☐

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

1. Es ist beabsichtigt, die oben genannte Leistung im Namen und für Rechnung

Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
Mainzer Landstraße 191
60327 Frankfurt am Main
zu vergeben.

2. **Kommunikation:**

Die Kommunikation erfolgt:

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
☐ in Textform unter nachstehender Anschrift:

Name:

Telefon:

Fax:

Straße:

E-Mail:

PLZ / Ort: _____

Nicht beigefügte Unterlagen können eingesehen bzw. angefordert werden bei:

Nicht beigefügte Unterlagen sind:

3. **Vorlage von Nachweisen, Angaben und Unterlagen:**

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind – zusätzlich zu den in den EU-Teilnahmebedingungen genannten – mit dem Angebot einzureichen.

- ☐ Nachweis der Verpflichtung der mit der Ausführung der vertraglichen Leistung befassten Mitarbeiter nach dem Verpflichtungsgesetz, durch eine Dienststelle der gleichen Behörde, nicht älter als drei Jahre.
- ☐
- ☐

4. **Losweise Vergabe:**

- ☐ nein
- ☒ ja, Angebote sind möglich
- ☐ nur für ein Los
- ☒ für ein oder mehrere Lose
- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
- ☒ Bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los; maximale Anzahl der Lose, die an einen Bieter vergeben werden können: 6
- Zugehörige Regelung zur Auswahl der Lose:
- Die Zuschlagsentscheidung erfolgt für jedes Los separat gem. Erläuterungstext Zuschlagskriterien (Dokument 1371)

5. **Zuschlagserteilung:**

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, welches im Rahmen der in der Auftragsbekanntmachung und in der Aufforderung zur Erstangebotsabgabe/Verhandlung genannten Zuschlagskriterien und deren Gewichtung insgesamt den höchsten Punktwert erreicht. Bei Punktgleichheit erfolgt der Zuschlag auf das Angebot mit der niedrigsten Wertungssumme (in € netto).

6. Angebote können abgegeben werden:

- ☒ elektronisch in Textform,
☐ elektronisch mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel, ☐ elektronisch mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.

7. Angebotsabgabe:

Falls Sie nicht die Absicht haben, ein Angebot abzugeben oder am Vergabeverfahren weiter teilzunehmen, bitten wir Sie, die Vergabestelle davon umgehend zu unterrichten.

Bei elektronischen Angeboten in Textform ist die Person des Erklärenden zu benennen und das Angebot mit den Anlagen bis zum Einreichungstermin über die Vergabepattform bei der Vergabestelle einzureichen.

Bei elektronischer Angebotsabgabe mit Signatur ist das Angebot wie vorgegeben digital zu signieren und zusammen mit den Anlagen bis zum Einreichungstermin über die Vergabepattform bei der Vergabestelle einzureichen.

8. Stelle, an die sich der Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

Vergabekammer (§ 156 GWB):

Name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Straße: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
 PLZ/Ort: 64283 Darmstadt

9. a) Beabsichtigt ein Bieter Unternehmen als Nachunternehmer einzusetzen, ohne sich zum Nachweis der Eignung auf die Kapazitäten dieser Nachunternehmer zu berufen, sind die betreffenden Nachunternehmerleistungen im Angebot zu nennen (Vordruck EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer) und durch eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers (Vordruck Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer) nachzuweisen, dass dieser die Leistungen im Auftragsfall erbringen wird.
- b) Ein Teil der zur Ausschreibung gehörenden Pläne unterliegen der Vertraulichkeit und werden deshalb nicht, wie die übrigen Ausschreibungsunterlagen, öffentlich zur Verfügung gestellt. Registrierte Bieter müssen eine Vertraulichkeitserklärung (s. Dokument 1310) ausfüllen und unterschreiben und über die Bieterkommunikation der Vergabepattform an die Vergabestelle senden. Die Vergabestelle wird nach Erhalt der ordnungsgemäß ausgefüllten und unterschriebenen Vertraulichkeitserklärung die Pläne, ebenfalls über die Bieterkommunikation, versenden bzw. einen Download-Link übermitteln.

 (Ort)

 (Datum)

 (Unterschrift)

Bei elektronischer Versendung ohne Unterschrift gültig.

EU-Teilnahmebedingungen für die Angebotsabgabe für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen

Ausgabe: Januar 2021

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3. Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- und fristgerechtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.4 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.5 Alle Preise sind in Euro mit höchstens zwei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

4. Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle die Urkalkulation oder die von ihr benannten Formblätter mit Angaben zur Preisermittlung sowie die Aufgliederung wichtiger Einheitspreise ausgefüllt zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Leistungen von Unterauftragnehmern.

5. Bietergemeinschaften

5.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

5.2 Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, werden nicht zugelassen.

6. Unterauftragnehmer

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von Unterauftragnehmer ausführen zu lassen, so muss er die dafür vorgesehenen Teilleistungen in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass diese Unterauftragnehmer geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen der Unterauftragnehmer vorzulegen.

Der Bieter hat Unterauftragnehmer, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

7. Andere Unternehmen (Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen (Eignungsleihe) zu bedienen, so muss er die dafür vom anderen Unternehmen überlassenen Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die

Kontakt Daten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser anderen Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (Eignungsleihe), müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ abzugeben.

8. Eignung

Die Bieter haben mit dem Angebot die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“ oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Ebenso sind die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen mit dem Angebot vorzulegen. Ist der Einsatz von Unterauftragnehmer/anderen Unternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten Unterauftragnehmer/anderen Unternehmer auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorgelegt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte Unterauftragnehmer/andere Unternehmer) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist. Bei fehlender Eignung wird der Bieter ausgeschlossen.

Erläuterungstext Zuschlagskriterien

Bezeichnung der Leistung:

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel
Leistung	NR43b: Sachverständigenleistungen – Technischer Ausbau KG400

Erläuterungstext Zuschlagskriterien

In dem vorliegenden Vergabeverfahren erfolgt die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots je Los (Lose 1 bis 6) anhand der folgenden Kriterien:

- | | |
|---|------------------|
| 1. Preis | Gewichtung: 70 % |
| 2. Qualifikation und Erfahrung des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen | Gewichtung: 30 % |

Die Wertung wird für jedes Los gesondert vorgenommen.

Die Zuschlagskriterien mit den Unterkriterien und ihre Gewichtung sind in der nachfolgenden Aufstellung detailliert aufgeschlüsselt.

Der Zuschlag auf ein Los erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot, welches unter Berücksichtigung der genannten Kriterien und Wichtungen insgesamt den höchsten Punktwert erreicht. Bei Punktgleichheit erfolgt der Zuschlag auf das Angebot mit der höchsten Punktzahl bei dem Kriterium Preis (nähere Erläuterung und Gewichtung sh. Ziffer 3).

1. Preis

Zum Zwecke der preislichen Bewertung zieht der Auftraggeber für jedes Angebot je Los den Mittelwert angebotenen Stundensatz netto heran.

Die Beurteilung der Unterkriterien erfolgt mithilfe des nachstehend beschriebenen Punktevergabesystems

Das Angebot mit dem niedrigsten Stundensatz erhält die volle Punktzahl (10 Punkte). Angebote mit einem Stundensatz, der um das Zweifache über dem Angebot mit dem niedrigsten Stundensatz oder höher liegt, erhalten null Punkte. Bei Angeboten mit einem Stundensatz, der zwischen diesen beiden Polen liegen, wird die Punktzahl durch lineare Interpolation bestimmt.

2. Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals

Bei dem vorliegenden Projekt wird die Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals des Auftragnehmers erheblichen Einfluss auf das Niveau der Auftragsausführung haben. Vor diesem Hintergrund hat der Bieter – für jedes von Ihm angebotene Los gesondert – den im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen verbindlich zu benennen (Dokument 1725-X) sowie dessen Berufsqualifikation und Berufserfahrung in einem Kurzlebenslauf darzustellen. Ferner kann für den vorgenannten Prüfsachverständigen eine persönliche Referenz für bereits erfolgte Prüfungstätigkeiten in Projekten im Gültigkeitsbereich der BOStrab eingereicht werden.

Für die Bewertung der Qualifikation und der Erfahrung werden die nachfolgende Unterkriterien mit folgender Wertung und Gewichtungen herangezogen:

- Berufserfahrung des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen Gewichtung: 20 %
- Persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab Gewichtung: 10 %

Die Beurteilung der Unterkriterien erfolgt mithilfe von einem Punktevergabesystem. Bei dem Unterkriterium „Berufserfahrung“ besteht die Möglichkeit 0, 1 oder 10 Punkte zu erreichen, wobei eine Wertung mit 0 Punkten zum Ausschluss des Angebots führt. Bei dem Unterkriterium „Persönliche Referenzen“ besteht die Möglichkeit 0 oder 10 Punkte zu erhalten. Fehlende Angaben zu nachstehenden Unterkriterien werden ebenfalls mit 0 Punkten gewertet.

- Berufserfahrung des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen
 - 0 Punkte: weniger als 2 Jahre Berufserfahrung oder keine Angaben/kein Nachweis – **führt zum Ausschluss des Angebots!**
 - 1 Punkt: mindestens 2 Jahre aber weniger als 5 Jahre Berufserfahrung
 - 10 Punkte: 5 oder mehr Jahre Berufserfahrung
- Persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab
 - 0 Punkte: keine persönliche Referenz bzw. keine Angaben/kein Nachweis
 - 10 Punkte: 1 oder mehrere persönliche Referenzen

3. Wertungsmatrix Zuschlagskriterien

Die in diesem Dokument beschriebenen Kriterien und Unterkriterien sowie deren Bewertungsmaßstab sind in nachstehender Wertungsmatrix zusammengefasst.

4. Wertungsmatrix der Zuschlagskriterien Lose 1 bis 6

SBEV-2025-0001 / NR43b: Sachverständigenleistungen – Technischer Ausbau KG400

lfd. Nr.	Kriterien	Gewichtung	Max. Punkte	Max. Punkte gewichtet	Bestimmung des Erfüllungsgrads
1	Preis Angebotener Stundensatz	Summe 70%	10	7,000	Für die Angebotswertung wird der der angebotenen Stundensatz wie folgt in eine Punkteskala von 0 bis 10 Punkten normiert, dabei erhält: das Angebot mit dem niedrigsten angebotenen Stundensatz: 10 Punkte ein fiktives Angebot mit dem 2,0-fachen des niedrigsten Stundensätze: 0 Punkte alle Angebote mit darüber liegenden Stundensatz erhalten ebenfalls: 0 Punkte Die Punktermittlung für die dazwischen liegenden Stundensätzen erfolgt über eine lineare Interpolation mit bis zu drei Stellen nach dem Komma.
1	Qualifikation/Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals	Summe 30 % [Summe 1.1.1 bis 1.2.2]	10	3,000 [Summe 1.1.1 bis 1.2.2]	Dieses Hauptkriterien bestimmt sich aus den Teilergebnissen der Unterkriterien 1.1.1 bis 1.2.2
1.1	Berufserfahrung des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen	20 %	10	2,000	< 2 Jahre: 0 Punkte – führt zum Ausschluss! ≥ 2 Jahre jedoch < 5 Jahre: 1 Punkt ≥ 5 Jahre: 10 Punkte
1.2	Persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab	10 %	10	1,000	0 Projekte oder keine Angaben: 0 Punkte 1 oder mehr wertbare Projekte: 10 Punkte

Hinweis zu Formular „Persönliche Referenzen“ – Dokument 1372

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel
Leistung	NR43b: Sachverständigenleistungen – Technischer Ausbau KG400

Das zu bearbeitende Dokument „1372_Persönliche Referenzen“ befindet sich unter dem Punkt „Anlagen“. Dieses kann dort als Excel-Dokumente heruntergeladen und bearbeitet werden. Für den Fall, dass mehrere Referenzen eingereicht werden, ist für jede Referenz ein separates Formular auszufüllen und abzuspeichern. Das Formular ist anschließend auf der Bieterplattform unter „8_Eigene Anlagen“ hochzuladen.

Die Beschreibungen und Anforderungen an die vorzulegenden Referenzen sind im Dokument „1371 Erläuterung zu den Zuschlagskriterien“ zu finden und zu beachten.

Name und Anschrift des Bieters

Stadtbahn Entwicklung und
Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
Mainzer Landstraße 191
60327 Frankfurt am Main
Deutschland

Ort: _____
Datum: _____
Telefon: _____
Fax: _____
E-Mail: _____
USt-Id: _____
Az.-Nr.: SBEV-2025-0001

Angebotsschreiben – Lose –

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Ihre Aufforderung zur Angebotsabgabe vom

- Anlagen¹:
- ☐ Persönliche Referenzen (Dokument 1372)
 - ☐ Eigenerklärung Eignung (Dokument 1410)
 - ☐ Eigenerklärung in Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen (Dokument 1413)
 - ☐ Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (Dokument 1420)
 - ☐ HVA F-StB Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Dokument 1425)
 - ☐ HVA F-StB EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer (Dokument 1431)
 - ☐ HVA F-StB Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Dokument 1435)
 - ☐ HVA F-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (Dokument 1440)
 - ☐ Verpflichtung Tariftreue HVTG (Dokument 1450)
 - ☐ Erklärung Vergabesperre (Dokument 1490)
 - ☐ HVA F-StB Liste der Projektverantwortlichen für Los 1 (Dokument 1725-1)
 - ☐ HVA F-StB Liste der Projektverantwortlichen für Los 2 (Dokument 1725-2)
 - ☐ HVA F-StB Liste der Projektverantwortlichen für Los 3 (Dokument 1725-3)
 - ☐ HVA F-StB Liste der Projektverantwortlichen für Los 4 (Dokument 1725-4)
 - ☐ HVA F-StB Liste der Projektverantwortlichen für Los 5 (Dokument 1725-5)
 - ☐ HVA F-StB Liste der Projektverantwortlichen für Los 6 (Dokument 1725-6)
 - ☐ Verpflichtungserklärung hinsichtlich dem LkSG (Dokument 1760)
 - ☐ Preisblatt Los 1, KG410 Löschanlagen (Dokument 2310-1)
 - ☐ Preisblatt Los 2, KG430 Raumluftechnik (Dokument 2310-2)
 - ☐ Preisblatt Los 3, KG440 Starkstrom (Dokument 2310-3)
 - ☐ Preisblatt Los 4, KG450 Nachrichtentechnik (Dokument 2310-4)

¹ vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- | | |
|--------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | Preisblatt Los 5, KG460 Förderanlagen (Dokument 2310-5) |
| <input type="checkbox"/> | Preisblatt Los 6, KG480 Gebäudeautomation (Dokument 2310-6) |
| <input type="checkbox"/> | _____ |
| <input type="checkbox"/> | _____ |
| <input type="checkbox"/> | _____ |
| <input type="checkbox"/> | _____ |
| <input type="checkbox"/> | _____ |
| <input type="checkbox"/> | _____ |

Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir eingesetzten Preisen an.

1. Die angebotene Stundensatz (brutto, ohne Nachlass) beträgt gemäß Preisblatt für:

Los 1	_____	EUR
Los 2	_____	EUR
Los 3	_____	EUR
Los 4	_____	EUR
Los 5	_____	EUR
Los 6	_____	EUR
Los 7	_____	EUR

2. Bestandteil meines/unseres Angebotes sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen folgende Unterlagen:

- Unterlagen gemäß HVA F-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb, Anlagen Teil B¹,
- Unterlagen gemäß HVA F-StB Aufforderung Angebotsabgabe/Verhandlung bzw. HVA F-StB EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen Teil B.

3. Ich/Wir erkläre(n),

- ☐ dass ich/wir alle Leistungen eigenständig ausführen werde(n).
- ☐ dass ich/wir alle Leistungen, die nicht im Vordruck HVA F-StB Nachunternehmerleistungen bzw. im Vordruck HVA F-StB EU-Verzeichnis Unterauftragnehmer aufgeführt sind, eigenständig ausführen werde(n).
- ☐ dass ich/wir die im Vordruck HVA F-StB Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe) aufgeführten Kapazitäten anderer Unternehmen zum Nachweis meiner/unserer wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen.
- ☐ dass ich/wir ein kleines oder mittleres Unternehmen – KMU – (< 250 Beschäftigte und ≤ 50 Mio. Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio. Euro Jahresbilanzsumme)² bin/sind.

4. Ich/Wir erkläre(n), dass

- mir/uns zugegangene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- ich/wir nicht zum Kreis der für einen Auftraggeber im Vergabeverfahren als voreingenommen geltende natürliche Personen nach § 124 (1) Nr. 6 GWB gehöre(n).

¹ soweit stattgefunden

² Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.

5. Mit der Weiterleitung meiner persönlichen Daten (Name und Anschrift des Büros, USt-Id. Nr., Gegenstand des Auftrags) zum Zwecke des Controllings im Bundesfernstraßenbau bin ich

- ☐ einverstanden.
☐ nicht einverstanden.

Eine Ablehnung der Zustimmung hat keinerlei Auswirkungen auf die Wertung und die Vergabeentscheidung. Eine Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

(Hinweis: Die vorstehende Erklärung ist nur von Büros auszufüllen, bei denen es sich nicht um juristische Personen handelt.)

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot), Name in Textform (bei elektronischem Angebot in Textform)

(Stempel und Unterschrift / Name, lesbar)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,
- ein schriftliches Angebot nicht an obiger Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert, wird das Angebot ausgeschlossen.

Name und Anschrift des Bewerbers

Ort: _____
 Datum: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____
 Az.-Nr.: SBEV-2025-0001

Stadtbahn Entwicklung und
 Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
 Mainzer Landstraße 191
 60327 Frankfurt am Main
 Deutschland

Eigenerklärung zur Eignung

(vom Bewerber/Bieter bzw. Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft
 und ggf. von seinen Nachunternehmern / Unterauftragnehmern soweit diese keine EEE abgeben wollen, auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Angaben zum Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung	Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung gemäß Nr. 2 der Vertragsbedingungen mit einer Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von _____ Mio € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von _____ Mio € abschließen werde(n). Eine entsprechende Zusicherung der Versicherung bzw. ein entsprechender Versicherungsnachweis ist als Anlage beigefügt.		
	Jahr	Gesamtumsatz	Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags
Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren (brutto).		€	€
		€	€
		€	€
Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der zu vergewendenden Leistung vergleichbar sind. Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich /werden wir für die unten genannten Leistungen erläuternde Angaben einschließlich einer Bestätigung durch den Auftraggeber, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden, auf gesondertes Verlangen vorlegen.			
1. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes und des Auftraggebers: <u>Keine Eintragung erforderlich</u>			
2. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes und des Auftraggebers: <u>Keine Eintragung erforderlich</u>			
3. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes und des Auftraggebers: <u>Keine Eintragung erforderlich</u>			
Es können auch mehr als drei Referenzen angegeben werden, diese sind dann auf gesonderter Anlage vorzunehmen.			

Eigenerklärung zur Eignung

Die Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufs- bzw. Lohngruppen mit extra ausgewiesenen Führungskräfte, ggf. auf gesonderter Anlage darstellen.	1. Jahr	
	_____	_____
	_____	_____
	2. Jahr	
	_____	_____
	_____	_____
	3. Jahr	
	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes	<input type="checkbox"/>	Ich bin / Wir sind eingetragen im Handelsregister	
		unter der Nummer:	_____
		beim Amtsgericht:	_____
	<input type="checkbox"/>	Ich bin / Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.	
	Ich gehöre / Wir gehören zu		
	<input type="checkbox"/>	freiberuflichen Ingenieuren	
	<input type="checkbox"/>	freiberuflichen Architekten	
	<input type="checkbox"/>	Ingenieur- und Architektenkammer	
	<input type="checkbox"/>	zugelassenen Prüferingenieuren	
	<input type="checkbox"/>	_____	

Bezugshinweis: § 124 (1) Nr. 2 GWB			
		Ja	Nein
Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde beantragt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde eröffnet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde(n) ich/wir ihn auf Verlangen vorlegen.			
Angabe, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.	Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bezugshinweis: Ausschlussgründe gemäß § 123 (1) GWB, § 123 (4) Nr. 1 GWB sowie § 124 (2) GWB	
Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt	<p>Ich erkläre / Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen bzw. bei nationalen Vergabeverfahren keine schweren Verfehlungen vorliegen, die meine/ unsere Zuverlässigkeit in Frage stellen.</p> <p>Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht</p> <ul style="list-style-type: none"> – gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder – gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder – gem. § 19 Mindestlohngesetz

	mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber von den Bewerbern, welche zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen bzw. von dem Bieter, dessen Angebot beauftragt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.	

Bezugshinweis: § 123 (4) Nr. 1 GWB	
Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterliegen	Ich erkläre / Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

<p>Bezugshinweis: § 125 GWB</p> <p><input type="checkbox"/> Ich erkläre/wir erklären, dass zwar für mein/unser Unternehmen Ausschlussgründe gemäß vorstehender Regelungen vorliegen, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.</p> <p>Der Auftraggeber wird von den Bewerbern, welche zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen bzw. von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung anfordern.</p>	
---	--

Angaben zur Ausstattung, Geräte und technischer Ausrüstung über die der Bewerber zur Erfüllung der Dienstleistung verfügt (inkl. verwendete Hardware und Software)	Die nötigen Erklärungen mache(n) ich/wir in einer gesonderten Anlage
---	--

Angaben zu Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität	Die nötigen Erklärungen mache(n) ich/wir in einer gesonderten Anlage

Angabe zu den Personen, die die Leistung tatsächlich erbringen bzw. zu den Führungskräften des Unternehmens	
Namen der Personen mit Funktion (auch technische Leitung)	Berufliche Qualifikation

Entsprechende Nachweise in Form von Studiennachweisen oder sonstigen Bescheinigungen bzw. Angaben wie Berufserfahrung und ausgeübten Tätigkeiten zu den Personen sind auf einer gesonderten Anlage mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen.

Eigenerklärung zur Eignung

Anlagen:

- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____

Mit freundlichen Grüßen

(Ort)_____
(Datum)_____
(Unterschrift in Textform)

Eigenerklärung des Bieters im Hinblick auf die Russland-Sanktionen der Europäischen Gemeinschaft

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein **Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift** besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Projekt:

Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel

Leistung

NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

- ☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).
- ☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)

Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)

Bezeichnung der Leistungen:

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige(n) ich mich/wir uns im Rahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen.

Angabe zu der überlassenen Kapazität	Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des Unternehmens

Bezeichnung der Leistung

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

(vom anderen Unternehmen auszufüllen)

(Name und Anschrift des anderen Unternehmens)

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns im Falle der Auftragserteilung an die

(Name und Anschrift des Bewerbers/Bieters/Mitgliedes der Bewerber- /Bietergemeinschaft)

die im „Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)“ aufgeführten Angaben zu der von uns
überlassenen Kapazitäten der wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen
Leistungsfähigkeit bereitzustellen.

(Ort)

(Datum)

(Stempel und Unterschrift
des Bewerbers/Bieters)(Stempel und Unterschrift
des anderen Unternehmens)

Haftungserklärung im Rahmen der finanziellen oder wirtschaftlichen Eignungsleihe

Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des nachstehend mitunterzeichnenden Unternehmens in Anspruch. Dieses verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

(Ort)

(Datum)

(Stempel und Unterschrift
des Bewerbers/Bieters)(Stempel und Unterschrift
des anderen Unternehmens)

Anmerkung: Die Vergabestelle behält sich vor, nicht im Original vorgelegte Erklärungen als Original nachzufordern.

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige ich, für Teile des Auftrags, mich der Fähigkeiten von Unterauftragnehmern zu bedienen. Hierzu benenne ich nachfolgend die dafür vorgesehenen Teilleistungen und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer.

Beschreibung der Teilleistung	Namen der Unterauftragnehmer (erst auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle)

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Verpflichtungserklärung¹ Unterauftragnehmer

(vom Unterauftragnehmer auszufüllen)

(Name und Anschrift des Unterauftragnehmers)

Wir verpflichten uns im Falle der Auftragserteilung an die

(Name und Anschrift des Bewerbers/Bieters/Mitgliedes der Bewerber-/Bietergemeinschaft)

die im „Verzeichnis Unterauftragnehmer“ für unser Unternehmen aufgeführten Teilleistungen zu erbringen.

(Ort)

(Datum)

(Stempel und Unterschrift
des Unterauftragnehmer)

Hinweis: Die Vergabestelle behält sich vor, nicht im Original vorgelegte Erklärungen als Original nachzufordern.

¹ Bei Mehrbedarf Kopien fertigen

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

(wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft

(vom Bieter ggf. auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder:

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Wir erklären ¹, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Ort) (Datum) (Stempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum) (Stempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum) (Stempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum) (Stempel und Unterschrift)

¹ Die Bietergemeinschaft hat bei elektronischer Abgabe über die Vergabepattform mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben. Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

(Name und Anschrift des Bieters)

Vergabenummer: SBEV-2025-0001

Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt entsprechend den Vorgaben der §§ 4 des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

Nachfolgende Erklärung ist zu unterschreiben und mit dem Angebot abzugeben.

1. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,
 - meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von Abs. 1, sondern von § 4 Abs. 2 HVTG erfasst werden, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.
 - meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.
2. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.
3. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen.

Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen

- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
- ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
- nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.

Elektronisches Angebot in Textform <hr/> (Name, lesbar)	Schriftliches Angebot <hr/> (Stempel und Unterschrift)
Ist <ul style="list-style-type: none"> - bei einem elektronisch übermitteltem Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar*), - ein schriftliches Angebot nicht an obiger Stelle unterschrieben oder - ein elektronisches Angebot, das signiert bzw. mit einem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert bzw. mit einem Siegel versehen, wird das Angebot ausgeschlossen. Das Recht zur Nachforderung bleibt unberührt.	

Bezeichnung der Leistungen:

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Erklärung

1. Ich* bin nach dem Gemeinsamen Runderlass über den „Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen“ in der Fassung vom 12. Dezember 2017 (StAnz. 2018 S. 15 ff.):** von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen.

☐ nein

☐ ja, und zwar mit Bescheid vom _____
(Datum)

2. Ich bin außerhalb des Landes Hessens vom Wettbewerb ausgeschlossen.

☐ nein

☐ ja, und zwar von _____
(ausschließender Stelle)

3. Gegen mich ist derzeit ein Anhörungsverfahren wegen schwerer Verfehlungen anhängig.

☐ nein

☐ ja, und zwar von _____
(Anhörungsverfahren führende Stelle)

Mir ist bekannt, dass die Nichtabgabe oder Unrichtigkeit der vorstehenden Erklärung zu meinem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrags wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann.

Des Weiteren ist mir bekannt, dass ein Ausschluss infolge unrichtiger Angaben oder aufgrund einer fristlosen Kündigung Schadenersatzansprüche der Vergabestelle bzw. des Auftraggebers zu Lasten meines Unternehmens auslösen kann.

Ich verpflichte mich, Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass der Nachunternehmer ab einer Auftragssumme von 2.500 € eine gleich lautende Erklärung mir gegenüber abgibt und werde diese spätestens vor Zuschlagserteilung dem Auftraggeber vorlegen.

(Ort/Datum)

(Unterschrift)

*) als Bieter für das o.g. Unternehmen

**) [http://www. Absthessen.de](http://www.Absthessen.de)

Versicherungsübersicht

zur

Bauleistungs-, Montage- und Haftpflichtversicherung

Inhalt

1. Allgemeine Bestimmungen
2. Bauleistungs- und Montageversicherung
3. Haftpflichtversicherung
4. Rechte und Pflichten AG und AN

1 Allgemeine Bestimmungen

Versichertes Bauprojekt:

Neubau der Stadtbahnstrecke B ,TA3, Europaviertel - Linie U 5 ("Güterplatz" - "Emser Brücke" - "Europagarten" – "Wohnpark"), Frankfurt.

Versicherungssummen:

Bauleistung / Montage	EUR 285.000.000 (voraussichtliche Bausumme)
Haftpflicht	EUR 100.000.000 pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, 1-fach max. für das gesamte Bauprojekt
Planungshaftpflicht	EUR 25.000.000 für sonstige Schäden 1-fach max. für das gesamte Bauprojekt.

Versicherte:

Versichert sind:

- der Versicherungsnehmer (AG / Auftraggeber)
- alle am Bauprojekt beteiligten natürlichen und juristischen Personen (AN / Auftragnehmer).

Vertragsdauer (vorläufig)

Vertragsbeginn	13.02.2017
Beginn der Planungsarbeiten	01.05.2013
Einrichten der Baustelle / Baubeginn	13.02.2017
Bauende / Gesamtabnahme	31.12.2023

Die Versicherung hat eine Laufzeit bis zum tatsächlichen Bauende der Maßnahme

Falls das Bauende / die Gesamtabnahme des versicherten Bauprojektes bis zum vereinbarten Zeitpunkt nicht erfolgen kann, ist dies dem Versicherer unter Angabe des voraussichtlichen Bauendes / Gesamtabnahme / Vertragsende rechtzeitig mitzuteilen.

Versicherer/ Beteiligte:

Versicherer	Anteil
AXA Versicherung AG, Frankfurt	40%
XL Catlin Services SE, Köln	30%
Swiss Re International SE, München	20%
HDI Global SE, Mainz	10%

Verhältnis zu anderen Versicherungsverträgen:

Soweit im Rahmen dieses Vertrages nichts anderes vereinbart ist, geht dieser Versicherungsschutz-projektbezogen sämtliche Deckungen gleichen Inhalts anderweitiger, betrieblicher Versicherungen vor. Diese anderweitigen Deckungen stehen entsprechend der jeweiligen vertraglichen Vereinbarung gegebenenfalls subsidiär zu dieser Deckung zur Verfügung.

Verhältnis der Vertragsteile untereinander:

Die Versicherer leisten aus der Haftpflichtversicherung keine Entschädigung, soweit eine Ersatzpflicht über die Bauleistungs- und Montageversicherung besteht. Abweichend davon geht für „Fremde Sachen / Sachen im Gefahrenbereich“ gemäß Teil II Ziffer 3.1.4 der Vertragsteil III (Haftpflichtversicherung) vor.

Die Versicherungssummen aus der Bauleistungs- und Montageversicherung bzw. Haftpflichtversicherung stehen jeweils separat zur Verfügung, eine Anrechnung findet nicht statt.

Verhalten im Schadenfall:

Schäden mit einer voraussichtlichen Größenordnung über EUR 25.000 sind **zwingend** telefonisch, per Fax oder E-Mail dem Versicherungsmakler „Willis Towers Watson“ anzuzeigen, damit dem Versicherer eine **sofortige** Besichtigung ermöglicht wird.

Allgemein:

Herr Klaus Fabisch

Tel.: 069/ 848455- 1254

Fax: 069/ 848455- 1315

Mobile: 0171/ 5013461

Mailto: klaus.fabisch@willistowerswatson.com

Bauleistungs-/ Montageversicherung:

Herr Dirk Wiesner

Tel.: 069/ 848455- 1353

Fax: 069/ 848455- 1304

Mailto: dirk.wiesner@willistowerswatson.com

Haftpflichtversicherung:

Frau Andrea Wasner

Tel.: 069/ 848455- 1266

Fax: 069/ 848455- 1303

Mailto: andrea.wasner@willistowerswatson.com

Soweit der Versicherer nach 1 ½ Werktagen (Montag-Freitag) nach Bekanntgabe Kenntnisnahme/ Meldung des Schadens eine Besichtigung nicht vornimmt, kann der Versicherer keine Einwände wegen Veränderung des Schadenbildes erheben. Das Schadenbild ist jedoch in geeigneter Weise zu dokumentieren.

Generell sind Schäden – auch unterhalb dem Selbstbehalt- Willis Towers Watson unverzüglich anzuzeigen.

Rechtsfolgen bei Verletzung von Obliegenheiten:

Verletzt ein Versicherter eine Obliegenheit aus diesem Vertrag vorsätzlich, verliert dieser Versicherte seinen Versicherungsschutz. Der Versicherungsschutz für die sonstigen Versicherten bleibt unberührt.

Regressverzicht:

Ein Rückgriff des Versicherers gegenüber den Versicherten ist ausgeschlossen.

Hiervon ausgenommen sind lediglich Schäden und Verluste hervorgerufen durch Vorsatz eines Versicherten. In diesem Fall ist der Rückgriff des Versicherers nur gegenüber dem jeweiligen Versicherten möglich.

Terrorausschluss:

Nicht versichert sind Schäden oder Verluste jeglicher Art, die unmittelbar oder mittelbar auf terroristischen Akten und deren Folgewirkungen beruhen und zwar, gleichgültig, ob der daraus ergebende Schaden zufällig oder ab-sichtlich entstanden ist.

Terrorakte sind jegliche Handlungen von Personen oder Personengruppen zur Erreichung politischer, religiöser oder ideologischer Ziele, die geeignet sind, Angst oder Schrecken in der Bevölkerung oder Teilen der Bevölkerung zu verbreiten und dadurch auf eine Regierung oder staatliche Einrichtungen Einfluss zu nehmen.

2 Bauleistungs- und Montageversicherung

2.1 Versicherte Sachen

Im Rahmen dieses Vertrages besteht Versicherungsschutz für:

- sämtliche Bau- und Ausbaumaßnahmen des Bauprojekts Neubau der Stadtbahnstrecke B ,TA3, Europaviertel - Linie U 5
- alle Lieferungen und Leistungen die zur Durchführung des versicherten Bauprojekts erbracht werden, wie z.B. Erdarbeiten, Gründungen, Unterfangungen, Abfangungen, Fundamente, Durchpressungen, Rohbau und Innengewerke, allgemeine Versorgungseinrichtungen und Außenanlagen, auch gärtnerische Anlagen
- Akten, Pläne, Zeichnungen, Wechseldatenträger
- Baustelleneinrichtung wie z.B. Baubüros, Baubuden, Baucontainer, Baubaracken, Werkstätten, Magazine, Labors und Gerätewagen der eigenen Projektüberwachung des Versicherten
- Baugrund und Bodenmassen, die nicht Bestandteil der Bauleistung/Montage sind
- Montageausrüstungen

2.2 Fremde Sachen/Sachen im Gefahrenbereich

Versicherungsschutz besteht auch für Fremde Sachen/Sachen im Gefahrenbereich (auch Gebäude / Baulichkeiten), wenn sie in unmittelbarer Nähe der Baustelle liegen und anlässlich der Bautätigkeit beschädigt oder zerstört werden

Der Versicherer leistet Entschädigung für Schäden an Fremden Sachen,

- a) wenn sie innerhalb des Versicherungsortes durch eine Tätigkeit beschädigt oder zerstört werden, die anlässlich der Montage/Bau durch den Versicherten oder in dessen Auftrag an oder mit ihnen ausgeübt wird. Ist der Bauherr Versicherter, so besteht Versicherungsschutz auch für Schäden durch eine Bau-/Montagetätigkeit, die durch den Bauherr oder in dessen Auftrag ausgeübt wird;
- b) die auch ohne eine Tätigkeit an oder mit ihnen beschädigt oder zerstört werden, soweit der Versicherte vertraglich über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus für solche Schäden haftet.

Unter dieser Position nicht versichert sind jedoch Lieferungen und Leistungen, die im Zuge des versicherten Bauvorhabens errichtet/installiert werden.

Weiterhin über diese Position nicht versichert sind Akten, Pläne, Zeichnungen, Wechseldatenträger, Baustelleneinrichtungen, Baugrund-und Bodenmassen, Altbauten und Montageausrüstung, sowie Bargeld, Schmuck und persönliche Wertsachen des Baupersonals.

Die Ersatzleistung beschränkt sich - unter Ausschluss eines jeden weiteren Anspruchs - auf die Kosten, die aufgewendet werden müssen, um die beschädigte Sache wieder in den Zustand unmittelbar vor Schadeneintritt zu versetzen.

Ein Abzug neu für alt wird nicht vorgenommen.

Ausgeschlossen gelten, vorbehaltlich von evtl. anderslautenden Vereinbarungen an anderen Stellen dieses Versicherungsvertrages:

- Schäden durch Brand, Blitzschlag oder Explosion
- Verluste durch Diebstahl oder Einbruchdiebstahl
- Schönheitsreparaturen und Reinigungskosten
- Schäden, die der Umwelthaftpflicht unterliegen, nicht versichert.

Fremde Sachen/ Sachen im Gefahrenbereich sind bis zur Höhe der hierfür vereinbarten Versicherungssumme auf Erstes Risiko unter Ziffer 9 versichert.

2.3 Mitversicherung von Altbauten

Die im Vertragsdatenblatt bezeichneten Altbauten, an denen Bauleistungen durchgeführt werden, sind gegen Sachschäden und Einsturz bis zu der dort genannten Höhe auf Erstes Risiko je Schaden versichert.

Entschädigung wird geleistet für unvorhergesehen eintretende Schäden (Beschädigungen oder Zerstörungen) an den versicherten Altbauten und an sonstigen versicherten Sachen sowie Schäden infolge Leitungswasser, Sturm und Hagel.

Entschädigung wird nicht geleistet für

- Schäden durch Brand, Blitzschlag, Explosion, Anprall oder Absturz bemannter/unbemannter
- Terrorakte
Flugkörper, deren Teile oder Ladung sowie durch Löschen, Ausräumen oder Niederreißen bei diesen Ereignissen,
- Risssschäden durch Eingriffe in die tragende Konstruktion des Altbaus, durch Rammarbeiten, durch Veränderung der Grundwasserverhältnisse und durch Setzungen. Entschädigung wird jedoch geleistet, wenn die Altbauten infolge von Risssschäden aus Gründen der Standsicherheit ganz oder teilweise abgebrochen werden müssen,
- Schäden an Bestandteilen von unverhältnismäßig hohem Kunstwert,
- Schönheitsreparaturen und Reinigungskosten.

Ein Abzug neu für alt wird nicht vorgenommen.

Der Versicherungsnehmer vor Eintritt des Versicherungsfalles den Zustand der versicherten Altbauten vor Beginn der Bauarbeiten durch Zustandsberichte aktenkundig zu machen und während der Bauzeit zu überwachen. Risse sind zu markieren und zu überwachen.

Der Versicherer leistet keine Entschädigung, soweit der Schaden durch einen Anspruch aus einem anderen Versicherungsvertrag gedeckt ist.

2.4 Versicherte und nicht versicherte Gefahren und Schäden

Versicherte Gefahren und Schäden

- Unvorhergesehene Beschädigungen oder Zerstörungen der versicherten Sachen z.B. durch:
 - ungewöhnliche Witterungseinflüsse;
 - Fahrlässigkeit, Ungeschicklichkeit;
 - Böswilligkeit, Sabotage;
 - Höhere Gewalt, außergewöhnliche Naturereignisse.
 - Diebstahl mit dem Gebäude fest verbundener Bestandteile,
 - Innere Unruhen, Streik, Aussperrung
- Verluste von fest mit dem Gebäude verbundenen Sachen durch Diebstahl
- Schäden durch Graffiti
- Werden Schutzmaßnahmen gegen normale Witterungseinflüsse durch eine andere versicherte Beschädigung oder Zerstörung beschädigt, sind daraus resultierende Witterungsschäden an der Bauleistung versichert.
- Führen Setzungen oder Schiefstellungen und die damit verbundenen veränderten Spannungsverhältnisse zu einer unvorhergesehenen Beschädigung oder Zerstörung der versicherten Bauleistung im Sinne der vorliegenden Bedingungen so wird die Beseitigung der Riss und Bruchschäden ersetzt.

Nicht versicherte Gefahren und Schäden

- Inventurverluste bzw. nachteilige Bestandsveränderungen.
- Schäden infolge normaler Witterungseinflüsse, mit denen nach Ort und Jahreszeit zu rechnen ist
- Verdorren oder Eingehen von Pflanzungen, Sträuchern, Bäumen, Saatgut und/oder sonstigen gärtnerischen Anlagen, gleichgültig aus welcher Ursache, sowohl im lagernden als auch im eingepflanzten Zustand.
- Anwachsrisiko von Pflanzungen
- Durch den Untergrund bedingtes Setzen oder Schiefstellen der Bauwerke oder Bauwerksteile, sich daraus ergebende nachteilige Veränderungen der Spannungsverhältnisse in den Bauwerken und die Funktionsfähigkeit einzelner Teile oder der gesamten Anlage
- Beseitigungen der Schadenursache und Veränderungen gegenüber der ursprünglichen Planung bzw. Bauweise.
- Schäden durch Brand, Blitzschlag, Explosion, Anprall oder Absturz bemannter/unbemannter Flugkörper, deren Teile oder Ladung sowie durch Löschen, Ausräumen oder Niederreißen bei diesen Ereignissen (Dieses Risiko ist über den Feuerrahmenvertrag der Stadt Frankfurt versichert).
- Terrorakte

2.5 Undichtigkeiten, Wasserdurchlässigkeit, Wasserhaltung

Undichtigkeit oder Wasserdurchlässigkeit sowie nicht dicht hergestellte oder aus sonstigen Gründen ungeeignete Isolierungen sind nicht entschädigungspflichtig, wenn sie einen Mangel der Bauleistung darstellen.

Risse im Beton sind nur dann entschädigungspflichtig, wenn sie unvorhergesehen entstanden sind. Solche Schäden können vorhersehbar sein, wenn sie infolge von Kriech-, Schwind-, Temperatur- oder sonstigen statisch bedingten Spannungen entstehen.

Schäden durch Ausfall der Wasserhaltung sind nur dann versichert, sofern nicht gegen anerkannte Regeln der Technik verstoßen wurde und sie infolge eines ersatzpflichtigen Ereignisses im Rahmen dieser Bauleistungs-/Montageversicherungsverträge verursacht wurden.

Maßnahmen und Kosten für die Wasserhaltung, die aufgewendet werden müssen, um entschädigungspflichtige Verluste zu beheben, gelten mitversichert.

Der Versicherer leistet jedoch keine Entschädigung für:

- Undichtigkeiten oder Wasserdurchlässigkeiten, es sei denn, dass die Undichtigkeit oder Wasserdurchlässigkeit als Folge einer unvorhergesehenen Beschädigung oder Zerstörung der Bauleistung entstanden ist.
- Wasserhaltungskosten, wenn die ursprünglich erwarteten Wassermengen - auch infolge Wassereinbruchs - überschritten werden.
- Verluste oder Schäden als Folge eines Ausfalls der Wasserhaltung, wenn der Ausfall mit ausreichenden einsatzbereiten Reserven und unabhängiger Stromzuführung oder Kraftquelle hätte verhindert werden können

2.6 Aggressives Grundwasser

Der Versicherungsnehmer hat vor Eintritt des Versicherungsfalles, sofern Schäden durch aggressives Grundwasser möglich sind, rechtzeitig eine Erst- und - falls erforderlich - eine Kontrollanalyse durchzuführen und deren Ergebnis zu beachten. Diese Vereinbarung gilt als vertragliche Obliegenheiten.

2.7 Gefahr des Aufschwimmens

Vor Eintritt des Versicherungsfalles hat der Versicherungsnehmer die Lieferungen und Leistungen durch ausreichende und funktionsfähige Flutungsmöglichkeiten oder Ballast zu sichern, sofern die Gefahr des Aufschwimmens besteht. Diese Vereinbarung gilt als vertragliche Obliegenheiten.

2.8 Umfang der Entschädigung

Der Versicherer leistet Entschädigung für die Wiederherstellung des Zustandes an Bauleistung und Baugrund, der dem Zustand unmittelbar vor Eintritt des Schadens technisch gleichwertig ist.

Zu den Wiederherstellungskosten gehören auch Schadenssuchkosten und Kosten für Behelfsmaßnahmen.

Bei Totalschäden an Hilfsbauten, Bauhilfsstoffe etc. leistet der Versicherer Entschädigung in Höhe des Zeitwertes.

Rettungskosten, die die Versicherten zur Minderung oder gar zur Abwendung eines unmittelbar drohenden Schadens für angemessen halten durften, ersetzt der Versicherer.

Nicht versichert sind Vermögensschäden wie z.B. Vertragsstrafen und Schadenersatzleistungen an Dritte.

2.9 Selbstbeteiligung

- Die Selbstbeteiligung beträgt je Versicherungsfall EUR 25.000,00.
- Für Schäden durch Graffiti gilt eine separate Selbstbeteiligung von 20% vereinbart.
- Treffen mehrere Selbstbehalte aufeinander, so gelangt der jeweils höhere zur Anwendung.
- Bei Schäden, die innerhalb von 72 Stunden aus Ereignissen Höherer Gewalt oder sonstiger Naturereignisse entstanden sind, wird der Selbstbehalt nur einmal angerechnet.

2.10 Verhalten im Schadenfall

Folgende Punkte sind im Schadenfall unbedingt zu berücksichtigen:

- für die Abwendung und Minderung des Schadens sorgen;
- Weisungen des Versicherers zur Schadenabwendung/-minderung einholen und soweit für ihn zumutbar befolgen;
- das Schadenbild nachvollziehbar dokumentieren, z. B. durch Fotos;
- dem Versicherer und ggf. der Polizei unverzüglich ein Verzeichnis abhanden gekommener Sachen einreichen;
- dem Versicherer unverzüglich jede Auskunft erteilen, die zur Feststellung des Versicherungsfalles oder des Umfangs der Leistungspflicht des Versicherers erforderlich ist sowie jede Untersuchung über Ursache und Höhe des Schadens und über den Umfang der Entschädigungspflicht gestatten sowie vom Versicherer angeforderte Belege beibringen, deren Beschaffung ihm zugemutet werden kann;
- irreparabel beschädigte Teile zu einer späteren Besichtigung aufbewahren, längstens jedoch 8 Wochen nach erfolgter Schadenmeldung.

2.11 Maintenance-Versicherung

Nach Gesamtabnahme der Baumaßnahme besteht Versicherungsschutz während der Nachhaftungsperiode von 24 Monaten für versicherte Schäden an den versicherten Bau- und Montageleistungen:

- die durch die Ausführung der Nacherfüllungsarbeiten im Rahmen der vertraglich vereinbarten Verpflichtungen verursacht werden;
- die während des Versicherungsschutzes auf dem Versicherungsort verursacht wurden.

Ergänzend dazu leistet der Versicherer keine Entschädigung für Schäden, die aus Herstellungs-, Fertigungs-, Planungs-, Material- und Konstruktionsfehlern sowie aus fehlerhaften Werksausführungen resultieren.

2.12 Versicherungssummen auf Erstes Risiko

Folgende Erst-Risiko-Summen sind zusätzlich zur Versicherungssumme vereinbart:

- Akten, Pläne, Zeichnungen und Wechseldatenträger gemäß Ziffer 3.1.1 auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 100.000
- Baustelleneinrichtung gemäß Ziffer 3.1.2 auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 1.000.000
- Baugrund und Bodenmassen, soweit sie nicht Bestandteil der Lieferungen und Leistungen des versicherten Bauprojekts gemäß Ziffer 3.1.3 und ABN § 6 Nr. 3 d) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 2.500.000
- Sachen im Gefahrenbereich gemäß Ziffer 3.1.4 auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 2.500.000
- Altbauten gemäß Ziffer 3.1.5 auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 5.000.000
- Montageausrüstung gemäß Ziffer 3.1.6 auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 500.000
- Bewegungs- und Schutzkosten gemäß Ziffer 6.1.1 auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 1.000.000
- Zusätzliche Summe für Aufräumungskosten gemäß ABN § 6 Nr. 3 b) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 1.000.000
- Zusätzliche Summe für Kosten für die Wiederherstellung von Daten gemäß ABN § 6 Nr. 2 und AMoB § 7 Nr. 2 auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 100.000
- Luftfracht gemäß AMoB § 7 Nr. 3 a) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 500.000
- Erd- und Bauarbeiten gemäß AMoB § 7 Nr. 3 b) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 500.000
- Aufräumung, Dekontamination und Entsorgung gemäß ABN § 6 Nr. 3 c) und AMoB § 7 Nr. 3 c) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 500.000
- Zusätzliche Summe für Dekontaminations- und Entsorgungskosten für Erdreich AMoB § 7 Nr. 3 d) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 500.000
- Bergungskosten gemäß AMoB § 7 Nr. 3 e) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 1.000.000
- Zusätzliche Summe für Schadenermittlungskosten / Schadenssuchkosten ABN § 6 Nr. 3 a) und AMoB § 7 Nr. 3 f) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 1.000.000
- Wartekosten gemäß ABN § 6 Nr. 3 e) und AMoB § 7 Nr. 3 g) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 50.000
- Eil-, und Expressfrachten gemäß ABN § 7 Nr. 2 f) und AMoB § 8 Nr. 2 c) ff) auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 500.000
- Sachverständigenkosten gemäß ABN § 9 Nr. 6 und AMoB § 10 Nr. 6 auf Erstes Risiko je Versicherungsfall	EUR 100.000
- Schadenbedingte Kosten für Behelfsmaßnahmen	EUR 500.000

3 Haftpflichtversicherung

3.1 Projektbezogene Haftpflicht-Versicherung

Der AG wird nachstehend genannte projektbezogene Haftpflichtversicherung vorhalten. Die Police bietet im Rahmen und Umfang marktüblicher Haftpflichtbedingungen Deckung für Schadenersatzansprüche Dritter, die sich aus der Tätigkeit des AN und / oder seiner Subunternehmer ergeben.

Die projektbezogene Haftpflicht-Versicherung umfasst das Betriebs-, Produkthaftpflicht-, Planungs-, Umwelthaftpflicht- und Umweltschadenrisiko für alle Projektbeteiligten mit einer Deckungssumme von EUR 100 Mio. pauschal für Personen- und Sachschäden, 1-fach maximiert sowie EUR 25 Mio. für das Planungsrisiko, 1-fach maximiert über die Projektlaufzeit.

3.2 Versicherungssummen / Sublimits

Die genannten Maximierungen in Bezug auf die folgenden Versicherungssummen und die Sublimits gelten für die Laufzeit des gesamten Bauprojekts.

Haftpflichtversicherung (Höchstversicherungssummen)

EUR	100.000.000	pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, 1-fach max.
EUR	25.000.000	für sonstige Schäden, 1-fach max. (Planungsrisiko)
EUR	1.000.000	Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, 2-fach max.

Sublimits im Rahmen der Betriebs- und Produkthaftpflicht

EUR	500.000	Abhandenkommen von Schlüsseln, Codekarten, etc. 2-fach max.
EUR	5.000.000	Sonstige Schäden an Arbeitsgeräten und Sachen Dritter, 2-fach max.
EUR	10.000.000	Gebrauch fremder Fahrzeuge, 2-fach max.
EUR	25.000.000	Mietsachschäden an Gebäuden und Räumen durch Brand und Explosion, 2-fach max.
EUR	5.000.000	Mietsachschäden an Gebäuden und Räumen durch andere Ursachen, 2-fach max.
EUR	500.000	sonstige Mietsachschäden, 2-fach max.
EUR	1.000.000	Vermögensschäden, 2-fach max.
EUR	7.500.000	AKB-Zusatzdeckung Personenschäden
EUR	1.120.000	Sachschäden
EUR	50.000	Vermögensschäden unmaximiert
EUR	100.000	Nachbarrechtlicher Ausgleichsanspruch, 2-fach max. p.a.
EUR	1.000.000	Belegschafts- und Besucherhabeschäden, 2-fach max.
EUR	1.000.000	Schadenverhütungskosten 2-fach max.
EUR	1.000.000	Nachbesserungsbegleitschäden, 1-fach maximiert

Sublimits im Rahmen der Planungshaftpflicht

EUR	5.000.000	erweiterte Planungs-Haftpflicht, 1-fach max.
-----	-----------	--

Sublimits im Rahmen der Umwelthaftpflicht

EUR	100.000.000	pauschal für Personen-, Sach- und mitversicherte Vermögensschäden, 1-fach max. davon für:
EUR	5.000.000	Normalbetriebsschäden, 1-fach max.
EUR	5.000.000	Aufwendungen vor Eintritt des Versicherungsfalles, 1-fach max.

Sublimits im Rahmen der Umweltschadenversicherung

EUR	5.000.000	je Versicherungsfall, 1-fach max.
EUR	2.500.000	Ausgleichssanierung, 1-fach max.
EUR	1.000.000	Aufwendungen vor Eintritt des Versicherungsfalles, 1-fach max.
EUR	2.500.000	Zusatzbaustein 1
EUR		Zusatzbaustein 2 (im Rahmen der Versicherungssumme und Gesamtleistung von Zusatzbaustein 1 versichert)

Sublimits im Rahmen der Internet-Haftpflichtversicherung

EUR	1.000.000	je Versicherungsfall, 2-fach max.
-----	-----------	-----------------------------------

Selbstbeteiligungen

EUR	25.000	bei Sach- und Vermögensschäden
EUR	50.000	Erweiterte Planungs-Haftpflichtdeckung
EUR	250.000	Eigenschäden der Versicherten in an bestehenden Bauten (jedoch nicht am Bauobjekt selbst)
EUR	50.000	Schadenverhütungskosten

Soweit keine Versicherungssummenbegrenzungen (Sublimits) genannt sind, gilt jeweils die Versicherungssumme des jeweiligen Vertragsteiles vereinbart.

3.3 Deckungserweiterungen für alle Vertragsteile - Haftpflicht

- 3.3.1 Rechtsschutz bei Strafverfahren
- 3.3.2 Mitversicherung gegenseitiger Ansprüche
- 3.3.3 Ansprüche der gesetzlichen Vertreter
- 3.3.4 Mitversicherte natürliche Personen
- 3.3.5 Nachbarschaftsrecht
- 3.3.6 Schiedsgerichtsvereinbarung

3.4 Deckungserweiterungen Betriebs-und Produkt-Haftpflicht

- 3.4.1 Vermögensschäden-Datenschutz
- 3.4.2 Be- und Entladeschäden
- 3.4.3 Leitungs- und Leitungsfolgeschäden
- 3.4.4 Senkungen von Grundstücken und Erdbeben
- 3.4.5 Unterfangung- und Unterfahungsschäden
- 3.4.6 Abwässer
- 3.4.7 Tätigkeitsschäden
- 3.4.8 Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten
- 3.4.9 Belegschafts- und Besucherhabe
- 3.4.10 Mietsachschäden
- 3.4.11 Sprengungen und Einreißarbeiten
- 3.4.12 Mängelbeseitigungsnebenkosten
- 3.4.13 Nachbesserungsbegleitschäden für Bauhandwerker
- 3.4.14 Strahlenschäden
- 3.4.15 Kraftfahrzeuge AKB Zusatzdeckung
- 3.4.16 Teilnahme an Arbeits- und Liefergemeinschaften
- 3.4.17 Schweiß-, Schneid-, Löt- und Auftauarbeiten
- 3.4.18 Schäden durch Medienverluste
- 3.4.19 Konventionelle Produkthaftpflicht
- 3.4.20 Schadenverhütungskosten

3.5 Berufs-Haftpflicht

Abweichend von Ziffer 1 AHB gilt der Verstoß als Schadenereignis.

Versichert ist die gesetzliche Haftpflicht der Versicherten für die Folgen von Verstößen bei der Ausübung der versicherten Tätigkeit als Architekt, Ingenieur, Planer, beratender Ingenieur und Fachingenieur im Zusammenhang mit dem versicherten Bauprojekt.

Mitversichert ist insbesondere

- a) die gesetzliche Haftpflicht aus der Planungs- und Bauleitungstätigkeit für das beschriebene Projekt,
- b) die Ausübung einer Tätigkeit als Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator im Sinne der Baustellenverordnung,
- c) die Ausübung einer Tätigkeit als Sachverständiger und Gutachter;
- d) die Ausübung einer Tätigkeit als Projektsteuerer/Projektcontroller für die Erstellung von Bauwerken, insbesondere Beratungs-, Koordinations-, Dokumentations-, Informations- und Kontrollleistungen (Projektmanagement);
- e) die gesetzliche Haftpflicht aus der Beratung bei der Durchführung von Vergabeverfahren nach der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF), der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB);
- f) die gesetzliche Haftpflicht aus der Erbringung von Ingenieurleistungen im Rahmen des Facility Managements;
- g) die gesetzliche Haftpflicht aus der Tätigkeit als Generalplaner, soweit die versicherte Tätigkeit im Versicherungsschein nicht beschränkt ist;
- h) die gesetzliche Haftpflicht als berechtigter Energieberater;
- i) die erlaubte außergerichtliche Rechtsberatung/ Rechtsdienstleistung gemäß § 5 Rechtsdienstleistungsgesetz, sofern sie als Nebenleistung zum Berufs- und Tätigkeitsbild gehören;
- j) die gesetzliche Haftpflicht aus der Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften oder Planungsringen auch dann, wenn sich der Haftpflichtanspruch gegen die Arbeitsgemeinschaft oder den Planungsring selbst richtet;

Ausgeschlossen sind Ansprüche der Partner der Arbeitsgemeinschaft oder des Planungs Rings untereinander sowie Ansprüche der Arbeitsgemeinschaft oder des Planungs Rings gegen die Partner und umgekehrt.

Deckungserweiterungen

- Rückwärtsdeckung
- Schäden am Bauwerk und an Grundstücken
- Mediation
- Schlichtungsverfahren vor Architekten- und Ingenieurkammern
- Erweiterte Planungsdeckung
- Umwelt-Haftpflicht und Umweltschadenrisiko

3.6 Umwelt-Haftpflicht

Der Versicherungsschutz richtet sich nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung (AHB) und den nachfolgenden Vereinbarungen.

Versichert ist - abweichend von Ziff. 7.10 (b) AHB - die gesetzliche Haftpflicht privatrechtlichen Inhalts des Versicherungsnehmers wegen Personen- und Sachschäden durch Umwelteinwirkung für in Versicherung gegebene Risiken.

Mitversichert sind gem. Ziff. 2.1 AHB Vermögensschäden aus der Verletzung von Aneignungsrechten, des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb, wasserrechtlichen Benutzungsrechten oder -befugnissen. Diese werden wie Sachschäden behandelt.

Versicherte Risiken

Folgende Deckungsbausteine sind pauschal versichert. Alle anderen im Betrieb zwar vorhandenen aber im Versicherungsschein nicht genannten Anlagen sind gem. Ziffer 2 UHV-Modell grundsätzlich nicht versichert.

- Ziffer 2.1: WHG-Anlagen (pauschal versichert)
- Ziffer 2.2: UmweltHG-Anlagen gemäß Anhang 1 (nicht versichert). Es gilt jedoch die im Bauprojekt vorgesehene Grundwasserhaltung und die hierzu dienenden Anlagen versichert.
- Ziffer 2.3: sonstige deklarierungspflichtige Anlagen (pauschal versichert)
- Ziffer 2.4: Abwasseranlagen, Einwirkungsrisiko (pauschal versichert)
- Ziffer 2.5: UmweltHG-Anlagen gemäß Anhang 2 (nicht versichert)
- Ziffer 2.6: Umwelt-Regressrisiko (pauschal versichert)
- Ziffer 2.7: Umwelt-Basisdeckung (versichert)

3.7 Umweltschaden (USV)

Versichert ist im Rahmen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Umweltschadensversicherung (USV) die gesetzliche Pflicht öffentlich-rechtlichen Inhalts des Versicherungsnehmers gemäß Umweltschadensgesetz (USchadG) zur Sanierung von Umweltschäden.

Versicherungsschutz besteht für die jeweils ausdrücklich zu vereinbarenden Deckungsbausteine.

Versicherungsschutz innerhalb des USV-Grundbausteins besteht für die Risikobausteine 2.1, 2.3, 2.4, 2.6, 2.7 und 2.8 Umweltschadenversicherung.

- USV-Grundbaustein: Deckung von Schäden an
 - fremden Böden,
 - fremden Gewässern,
 - Biodiversität auf fremden Grundstücken
- USV-Zusatzbaustein 1: Deckung von Schäden an
 - eigenen Böden auf Grundlage USchadG bei Gefahr für die menschliche Gesundheit,
 - eigenen Gewässern,
 - Biodiversität auf eigenen Grundstücken
- USV-Zusatzbaustein 1 mit der Erweiterung „Grundwasser“:
 - USV-Zusatzbaustein 1 und zusätzlich Deckung von Schäden am Grundwasser
- USV-Zusatzbaustein 2: Deckung von Schäden an
 - eigenen Böden auf Grundlage Bundesbodenschutzgesetz bei Gefahr für Gewässer oder Pflanzen

4 Rechte / Pflichten Auftraggeber (AG) und Auftragnehmer (AN)

- Der AN erhält die Möglichkeit die Versicherungspolice oder eine verbindliche Deckungsübersicht spätestens 2 Wochen vor Beginn der Deckung durch einen Experten prüfen zu lassen. Dafür wird der AG die verhandelte Versicherungspolice oder die Übersicht mit den Deckungsinhalten dem AN rechtzeitig unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.
- Mitteilungen an die Versicherung über Gefahränderungen erfolgen ausschließlich über den AG
- Der AG wird ein Claims Handling Procedures erstellen.
- Eine Teilnahme der AN und/oder deren Repräsentanten an Schadenbesprechungen, bei denen das Interesse der AN betroffen sind, kann auf deren Wunsch hin ermöglicht werden.
- Ist es erforderlich die Police zu verlängern, sind vom AN die Begründungen gegenüber dem Versicherer an den AG zu übergeben.
- Als Nachweis der Verlängerung werden dem AN entsprechende Deckungsbestätigungen durch den AG zur Verfügung gestellt.
- Werden bereits Arbeiten ausgeführt, die vor Versicherungsbeginn liegen, sind diese in Abstimmung mit dem AG entsprechend (ggf. limitiert) abzusichern. Entsprechende Nachweise sind dem AG unaufgefordert zu übermitteln.
- Der AN hat alle erforderlichen Unterlagen, die seitens der Versicherer zum Erreichen der Deckung verlangt werden, zeitnah dem AG zur Verfügung zu stellen. Dem AN ist bewusst, dass Schäden aus Arbeiten vor Erlangung der Deckung zu seinen Lasten gehen.
- Sofern gesetzlich vorgeschrieben, hat der AN auf eigene Kosten eine Arbeitgeberhaftpflichtversicherung (employers liability) sowie eine Arbeitsunfallversicherung (workman's compensation) vorzuhalten

**Allgemeine Vertragsbedingungen für
freiberufliche Leistungen
im Straßen- und Brückenbau**

AVB F-StB

Ausgabe 2022

**Bundesministerium für
Digitales und Verkehr**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 1 Leistungsumfang	3
§ 2 Geltungsreihenfolge	3
§ 3 Unterlagen	3
§ 4 Weitere Pflichten des Auftragnehmers	4
§ 5 Nachunternehmer / Unterauftragnehmer	4
§ 6 Verpflichtung nach Verpflichtungsgesetz	5
§ 7 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten	5
§ 8 Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer	5
§ 9 Vergütung	6
§ 10 Zahlungen	6
§ 11 Urheberrecht	6
§ 12 Kündigung, Schadensersatz	7
§ 13 Abnahme	8
§ 14 Mängelansprüche und deren Verjährung	8
§ 15 Haftung	8
§ 16 Haftpflichtversicherung	9
§ 17 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand, Sprache	9
§ 18 Arbeitsgemeinschaft	9
§ 19 Formerfordernis	9
§ 20 Umsatzsteuer	10

§ 1 Leistungsumfang

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für das Vorhaben sämtliche erforderlichen und zweckmäßigen Aufgaben zur Herbeiführung des geschuldeten Werkerfolgs auszuführen. Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er es dem Auftraggeber unverzüglich in Textform anzuzeigen. Unterlässt er die Anzeige, so hat er nur Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn dem Auftraggeber offenkundig die Tatsache und deren hindernde Wirkung bekannt waren.

(2) Der Auftraggeber kann nach § 650q i. V. m. § 650b BGB weitere Leistungen oder eine Änderung der Leistung anordnen, wenn die Parteien binnen 14 Tagen nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer keine Einigung darüber erzielen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Übertragung von weiteren Leistungen besteht aber nicht. Soweit an den Auftragnehmer weitere Leistungen nach dieser Vorschrift beauftragt werden sollen, bedarf es einer Zusatzvereinbarung in Textform.

(3) Der Auftragnehmer hat seinen Leistungen die in Textform ergangenen Anordnungen des Auftraggebers zu Grunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitzuteilen. Verstößt der Auftragnehmer gegen diese Mitteilungsobliegenheit, wird durch die Entgegennahme der Leistung durch den Auftraggeber die Leistung nicht als vertragsgemäß anerkannt; der Auftragnehmer schuldet ein bestimmungsgemäß brauchbares Werk.

§ 2 Geltungsreihenfolge

Bei Widersprüchen im Vertrag gelten in nachstehender Reihenfolge

1. Die Leistungsbeschreibung
2. Die HVA F-StB Vertragsbedingungen
3. Die Technischen Vertragsbedingungen (TVB)
4. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB F-StB)

§ 3 Unterlagen

(1) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die in der Leistungsbeschreibung angegebenen Unterlagen zur Verfügung. Darüberhinausgehende Planungsunterlagen hat der Auftragnehmer – ggf. mit Unterstützung des Auftraggebers – zu beschaffen und/oder Informationen über bestehende und geplante Anlagen einzuholen. Der Auftragnehmer muss die Aktualität der Unterlagen überprüfen und diese ggf. – in Abstimmung mit dem Auftraggeber – im erforderlichen Umfang aktualisieren. Die Unterlagen sind dem Auftraggeber zu überlassen.

(2) Die dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung des Auftrages zurückzugeben; Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

(3) Die vom Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen, wie z. B. Pläne oder Zeichnungen oder digitale Daten oder Datenträger, sind an den Auftraggeber auf dessen Anfordern, spätestens nach Fertigstellung der Leistung herauszugeben und gehen bereits im Zeitpunkt deren Erstellung in das Eigentum des Auftraggebers über. Die Überlassung der vorbenannten Unterlagen sowie deren Aufbewahrung zwischen Erstellung und Herausgabe an den Auftraggeber sind mit dem vertraglich geschuldeten Honorar abgegolten; ein zusätzliches Honorar wird nicht gezahlt. Ein etwaiges Zurückbehaltungsrecht kann der Auftragnehmer nur auf unstrittige oder rechtskräftig festgestellte Forderungen stützen.

§ 4 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer hat seine Tätigkeit gemäß den anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen und Sicherheitsvorschriften, über die er sich stets auf dem Laufenden zu halten hat, gewissenhaft auszuüben. Soweit einschlägig, hat der Auftragnehmer die

Vorgaben des Vergaberechts zu beachten. Bei Leistungen der Prüffingenieure sind zusätzlich die Erfordernisse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.

(2) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unverzüglich nach Zuschlagserteilung, spätestens jedoch vor Beginn der Leistungserbringung den Namen, die Funktion und die Kontaktdaten eines Ansprechpartners mitzuteilen, der für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung die Verantwortung trägt.

(3) Als Sachwalter seines Auftraggebers darf der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Der Auftragnehmer darf im Zusammenhang mit den in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen keine Leistungen für Dritte bzw. andere Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Maßnahme erbringen, es sei denn, der Auftraggeber stimmt ausdrücklich in Textform zu. Etwaige Forderungen von Dritten, insbesondere von Trägern öffentlicher Belange, hat der Auftragnehmer unverzüglich dem Auftraggeber in Textform mitzuteilen.

(4) Wird erkennbar, dass ein vorgegebener Kostenrahmen nicht ausreicht, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber über die voraussichtlichen Mehrkosten unverzüglich in Textform zu unterrichten und mögliche Einsparungen aufzuzeigen.

(5) Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung eines Mitarbeiters zu verlangen, wenn das Vertrauensverhältnis aus vom Mitarbeiter zu vertretenden Gründen gestört ist. Der Auftraggeber kann darüber hinaus eine Ergänzung des Personals durch geeignete Fachleute verlangen, wenn die eingesetzten Mitarbeiter nicht in ausreichendem Maße eine rechtzeitige Planung oder einen störungsfreien Bauablauf gewährleisten.

(6) Bei Prüffingenieurleistungen darf sich der Auftragnehmer der Mithilfe von befähigten und zuverlässigen Mitarbeitern nur in einem solchen Umfang bedienen, wie er ihre Tätigkeit voll überwachen kann. Der Prüffingenieur kann sich nur im Einvernehmen mit dem Auftraggeber durch einen anderen Prüffingenieur vertreten lassen. Sind zur ordnungsgemäßen Prüfung der eingereichten Unterlagen Spezialkenntnisse erforderlich, die der Prüffingenieur nicht besitzt bzw. die nicht zu seiner Fachrichtung gehören, so hat der Prüffingenieur den Auftraggeber hierauf in Textform hinzuweisen und die Hinzuziehung eines Prüffingenieurs mit speziellen Kenntnissen bzw. der entsprechenden Fachrichtung zu beantragen.

(7) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen. Dies gilt auch nach Abnahme der Leistung, unabhängig von einer etwaigen Kündigung des Vertrages oder etwaig bereits eingetretener Verjährung von Mängel- oder Zahlungsansprüchen.

§ 5 Nachunternehmer/Unterauftragnehmer

(1) Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen mit seinem eigenen Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers in Textform ist eine Beauftragung von Nachunternehmern/Unterauftragnehmern zulässig.

(2) Die für die Erbringung der Leistungen benannten Nachunternehmern/Unterauftragnehmer müssen die erforderliche Eignung und berufliche Qualifikation nachweisen. Für die Nachunternehmer/Unterauftragnehmer gelten - bezogen auf das jeweilige Fachgebiet - die in den Vergabeunterlagen formulierten Anforderungen an die zu erfüllenden Eignungskriterien gleichermaßen wie für den Auftragnehmer. Die erforderliche berufliche Qualifikation ist in der Regel eine abgeschlossene Fachausbildung als Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master an Universitäten oder Fachhochschulen oder eine vergleichbare Berufserfahrung auf dem Fachgebiet der zu erbringenden Teilleistungen.

(3) Entsprechen die Leistungen des Nachunternehmers/Unterauftragnehmers trotz Aufforderung zur Nachbesserung unter Fristsetzung durch den Auftraggeber nicht den vertraglichen Anforderungen, kann der Auftraggeber seine Zustimmung zur Beauftragung widerrufen mit der Folge, dass der Auftragnehmer die Leistung des Nachunternehmers/Unterauftragnehmers selbst übernehmen oder mit Zustimmung des Auftraggebers einen anderen Nachunternehmer/Unterauftragnehmer mit der Leistung beauftragen muss.

§ 6 Verpflichtung nach Verpflichtungsgesetz

Der Auftragnehmer, seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiter sowie etwaige Nachunternehmer/Unterauftragnehmer und/oder deren Mitarbeiter müssen sich hinsichtlich der Ihnen

übertragenen Leistungen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches (StGB) verpflichten lassen, wenn sie Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen oder Zugang zu verwaltungsinternen Vorgängen erlangen. Wenn ein mit der Ausführung der vertraglichen Leistung befasster Mitarbeiter innerhalb der letzten drei Jahre bereits durch eine Dienststelle der gleichen Behörde verpflichtet wurde, ist der Nachweis der Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz dem Auftraggeber vorzulegen. Sollten Mitarbeiter zum Einsatz kommen, die bislang noch nicht im Sinne des Verpflichtungsgesetzes verpflichtet wurden, sind diese unverzüglich nach Zuschlagserteilung namentlich zu benennen, um die notwendigen Verpflichtungen vor Leistungsbeginn noch durch den Auftraggeber vornehmen zu können. Der Einsatz anderer Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Dem Auftraggeber sind diese unverzüglich zu benennen.

§ 7 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungserbringung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten in fachlicher, terminlicher und finanzieller Hinsicht abzustimmen, so dass die vertraglichen Vorgaben eingehalten werden; dies gilt insbesondere vor der endgültigen Ausarbeitung. Die einzelnen Arbeitsschritte sind mit dem Auftraggeber vor Beginn der jeweiligen Arbeiten abzustimmen. Der Auftraggeber kann bei dieser Abstimmung festlegen, welche Zwischenergebnisse ihm vorzulegen sind, bevor er die Zustimmung zu weiteren Arbeitsschritten des Auftragnehmers erteilt. Hinsichtlich der Anforderungen an die zu übergebenden Daten und Dokumente, insbesondere die Formate wird auf die Leistungsbeschreibung verwiesen.
- (2) Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der Auftragnehmer unverzüglich in Textform die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen.
- (3) Dem Auftragnehmer gegenüber ist nur die vertragsschließende Stelle weisungsbefugt, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist.
- (4) Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesen vereinbarten Termine/Fristen.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen rechtzeitig innerhalb der in den Vertragsbedingungen vereinbarten Termine zu liefern, so dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- (6) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Ausführung beauftragte Unternehmen oder gegen fachlich Beteiligte bzw. gegen ihn selbst ergeben können. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber bei der Geltendmachung seiner Ansprüche gegen Dritte zu unterstützen; die Geltendmachung erfolgt durch den Auftraggeber.

§ 8 Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet.
- (2) Den Auftraggeber bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf der Auftragnehmer nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (3) Der Auftragnehmer darf Dritten ohne Einwilligung des Auftraggebers keine Unterlagen aushändigen und keine Auskunft geben, die sich auf seine Leistungen oder auf die Maßnahme insgesamt beziehen.

§ 9 Vergütung

- (1) Im Falle von Anordnungen nach § 650q Abs. 1 i. V. m. § 650b Abs. 2 BGB hat der Auftragnehmer die Vergütung hierfür vor Leistungsbeginn mit dem Auftraggeber in Textform zu vereinbaren.

(2) Geringfügige und unwesentliche Änderungen der Planung, deren Zeitaufwand sich im Rahmen üblicher Optimierungen hält, werden nicht zusätzlich vergütet. Gleiches gilt für eine bloße Fortschreibung der Ausgangsplanung.

§ 10 Zahlungen

(1) Auf Anforderung des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen in Höhe des Wertes der vereinbarten Vergütung für die nachgewiesenen Leistungen einschließlich des nachgewiesenen, darauf entfallenden Umsatzsteuerbetrages gewährt. Ansprüche auf Abschlagszahlungen werden binnen 21 Tagen nach Zugang einer prüfbaren Aufstellung dieser Leistungen fällig.

(2) Eine Teilschlusszahlung einschließlich Umsatzsteuer wird für in sich abgeschlossene, vertragsgemäß erbrachte Teilleistungen gewährt, wenn dies vertraglich vereinbart ist oder eine Teilabnahme nach Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer (§ 650s BGB) erfolgte, die für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen und der Auftragnehmer eine prüfbare Rechnung eingereicht hat.

(3) Der Anspruch auf die Teilschlusszahlung bzw. die Schlusszahlung wird alsbald nach Prüfung und Feststellung der vom Auftragnehmer vorgelegten prüfbaren Teilschlussrechnung bzw. der Honorarschlussrechnung fällig, spätestens innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang dieser Rechnung. Die Prüffrist verlängert sich auf höchstens 60 Tage, wenn dies aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale des Vertrags sachlich gerechtfertigt ist und dies von den Parteien für den konkreten Einzelfall gesondert vereinbart wurde. Die Regelung des § 641 BGB bleibt unberührt.

(4) Die Rechnung muss übersichtlich aufgestellt werden. Dabei ist die Reihenfolge der Gliederungsstruktur der Leistungsbeschreibung einzuhalten. Eine prüffähige Rechnung muss diejenigen Angaben und Unterlagen enthalten, die zum Nachweis von Art und Umfang der vertragsgemäß erbrachten Leistungen erforderlich sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen.

(5) In dem Fall, dass die Rechnung nur in Teilen prüffähig ist, kann der Auftragnehmer die Zahlung eines unbestrittenen Guthabens verlangen, das unter Berücksichtigung eventueller Voraus- und Abschlagszahlungen bereits feststeht. Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original mit einer Durchschrift einzureichen.

(6) Wird nach Annahme der Schlusszahlung (Teilschlusszahlung) festgestellt, dass die Abrechnung bzw. die Grundlage der Abrechnung (z. B. Aufmaß, Rechen- oder Übertragungsfehler) fehlerhaft war, so ist sie zu berichtigen. Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Leistet der Auftragnehmer bei Überzahlungen innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

(7) Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist nach Abs. 3 abgelaufen ist, ohne dass der Auftraggeber substantiierte Einwendungen gegen die Prüffähigkeit vorgebracht hat. Ist die Rechnung nur teilweise prüffähig, beginnt die Verjährung der Honorarschlussrechnung grundsätzlich erst mit Überreichen einer insgesamt prüffähigen Schlussrechnung.

§ 11 Urheberrecht

(1) Der Auftraggeber darf die Unterlagen für das in der Leistungsbeschreibung genannte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern. An den vom Auftragnehmer erbrachten urheberrechtlich geschützten Leistungen und Arbeitsergebnissen überträgt der Auftragnehmer hiermit auf den Auftraggeber das ausschließliche Nutzungsrecht.

(2) Der Auftraggeber hat zudem das Recht, die Leistungen und Arbeitsergebnisse ganz oder in Teilen zu bearbeiten, zu vervielfältigen und zu verändern, soweit damit keine Entstellung des Werkes verbunden ist und dies dem Auftragnehmer unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist.

(3) Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes anhören. Genießen die Leistungen des AN keinen urheberrechtlichen Schutz, so kann der Auftraggeber die Planung des Auftragnehmers für das

vertraglich vereinbarte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern.

(4) Der Auftraggeber ist berechtigt, seine Rechte nach Abs. 1 bis 3 ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen.

(5) Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit den nach diesem Paragraphen eingeräumten Rechten abgegolten. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Vergütungsansprüchen frei, die im Zusammenhang mit den nach diesem Paragraphen übertragenen Rechten bzw. der Ausübung derselben gegen ihn geltend gemacht werden.

(6) Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform.

(7) Die Rechte und Pflichten nach diesem Paragraphen bleiben von einer Kündigung des Vertrages unberührt.

§ 12 Kündigung, Schadensersatz

(1) Ein wichtiger Grund zur Kündigung i. S. d. § 648a Abs. 1 S. 2 BGB liegt insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen einstellt oder das Insolvenzverfahren beziehungsweise ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt oder ein solches Verfahren eröffnet wird oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird. Ein wichtiger Grund liegt ebenso vor, wenn der Auftragnehmer die Haftpflichtversicherung nach § 15 nicht auf Aufforderung des Auftraggebers nachweist. Darüber hinaus liegt ein wichtiger Grund vor, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter

- a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
- b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
- c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.

(2) Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. Absatz 1 a) vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn, ein Schaden in anderer Höhe wird nachgewiesen. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist. Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Absatz 1 b) und c) ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe 5 % der Abrechnungssumme verpflichtet.

(3) Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Zudem ist der Auftraggeber berechtigt, den noch nicht vollendeten Teil der Leistung zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten ausführen zu lassen; in diesem Fall trägt der Auftragnehmer die Mehrkosten, die durch und in Zusammenhang mit der Beauftragung des Dritten entstehen. Die Ansprüche des Auftraggebers auf Ersatz des etwa entstehenden weiteren Schadens bleiben bestehen.

(4) Der Auftraggeber kann den Vertrag gemäß § 648 BGB mit den dort geregelten Vergütungsfolgen kündigen; diese Kündigung bedarf der Schriftform. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

(5) Die Kündigung bedarf in jedem Fall der Schriftform.

§ 13 Abnahme

(1) Der Auftraggeber nimmt die Leistungen des Auftragnehmers nach Erbringung der beauftragten Leistung ab; Voraussetzung ist, dass die Leistungen abnahmefähig fertig gestellt sind und keine wesentlichen Mängel erkennen lassen. Abgesehen vom gesetzlich geregelten Fall in § 650s BGB (Teilabnahme nach Abnahme der

letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer) hat der Auftragnehmer auf Teilabnahmen keinen Anspruch.

(2) Die Abnahme hat gemeinsam und förmlich zu erfolgen. Das Ergebnis der Abnahme ist nach gemeinsamer Verhandlung in einem Protokoll festzuhalten; im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungsansprüche vorzubehalten. Jede Partei erhält eine Ausfertigung des Protokolls.

(3) Die Abnahmewirkungen treten auch ein, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer in Textform erklärt, dass er die Leistungen des Auftragnehmers als vertragsgemäß anerkennt.

§ 14 Mängelansprüche und deren Verjährung

(1) Die Mängelansprüche des Auftraggebers sind die gesetzlichen Ansprüche des Werkvertragsrechts (§§ 633 ff. BGB) mit der Modifikation, dass der Rücktritt vom Vertrag ausgeschlossen ist; stattdessen gelten die Kündigungsregelungen nach § 648a BGB i. V. m. § 12 AVB F-StB.

(2) Die Mängelansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer aus diesem Vertragsverhältnis verjähren nach Ablauf von fünf Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit der Abnahme nach § 13 AVB F-StB. Wurde eine Teilabnahme durchgeführt, beginnt die Verjährung in Bezug auf die davon erfassten Leistungen mit der Teilabnahme.

(3) Leistungen, die schon während der Ausführung als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten durch mangelfreie zu ersetzen. Hat der Auftragnehmer den Mangel oder die Vertragswidrigkeit zu vertreten, hat er auch den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Kommt der Auftragnehmer der Pflicht zur Beseitigung des Mangels nicht nach, so kann ihm der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Beseitigung des Mangels setzen und erklären, dass er ihm nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Auftrag entziehe; der Auftraggeber kann nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen (Entziehung des Auftrags). Auch für diese Mängel beginnt die Verjährungsfrist entsprechend Abs. 2 mit der Abnahme nach § 13 AVB F-StB.

§ 15 Haftung

(1) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Vorschriften. Er hat insbesondere auch den Schaden an der baulichen Anlage wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die anerkannten Regeln der Technik zu ersetzen.

(2) Für die Verletzung gewerblicher Schutzrechte haftet im Verhältnis der Vertragsparteien zueinander der Auftragnehmer allein, wenn er selbst das geschützte Verfahren oder die Verwendung geschützter Gegenstände angeboten oder wenn der Auftraggeber die Verwendung vorgeschrieben und auf das Schutzrecht hingewiesen hat.

(3) Soweit eine Vertragspartei von einem Dritten für einen Schaden in Anspruch genommen wird, den die andere Vertragspartei zu tragen hat, kann sie verlangen, dass die andere Vertragspartei sie von der Verbindlichkeit gegenüber dem Dritten befreit. Sie darf den Anspruch des Dritten nicht anerkennen oder befriedigen, ohne der anderen Vertragspartei vorher Gelegenheit zur Äußerung gegeben zu haben.

§ 16 Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer muss eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens, der aus der Erbringung der vertraglichen Leistungen rührt Versicherungsschutz in Höhe der in den Vertragsbedingungen genannten Deckungssummen besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass für das Zusammenfallen mehrerer Schadensfälle gewährleistet ist, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

(2) Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

(3) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen Anzeige in Textform verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

§ 17 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand, Sprache

(1) Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz der vertragschließenden Stelle des Auftraggebers.

(2) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag soll der Auftragnehmer zunächst die Behörde anrufen, die der vertragschließenden Stelle unmittelbar vorgesetzt ist.

(3) Soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.

(4) Streitfälle berechtigen den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten einzustellen.

(5) Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Wortlaut der Vertragsunterlagen verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Alle Erklärungen und Verhandlungen sowie die Darstellung der Ergebnisse der Leistungserbringung einschließlich aller Zwischenschritte erfolgen in deutscher Sprache.

§ 18 Arbeitsgemeinschaft

(1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, in der entsprechenden Erklärung genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.

(2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.

(3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber ausschließlich an den in der entsprechenden Erklärung genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen in Textform erfolgter Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 19 Formerfordernis

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Textform. Selbiges gilt für die Änderungen und Ergänzungen dieses Formerfordernisses.

§ 20 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist gemäß Umsatzsteuergesetz in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen. Bei Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

Name und Anschrift des Bewerbers

Ort: _____
 Datum: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____
 Az.-Nr.: SBEV-2025-0001

Stadtbahn Entwicklung und
 Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
 Mainzer Landstraße 191
 60327 Frankfurt am Main
 Deutschland

Liste der Projektverantwortlichen des AN

(vom Bewerber/Bieter auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung: **Los 1: 410 - Sachverständigenleistungen für Löschanlagen**

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Für die oben aufgeführte/n Planungsleistung/en werden von mir folgende Person/en als Projektverantwortlichen für die auszuführenden Leistungen/Teilleistungen benannt:

☐ Koordinator der Gesamtmaßnahme

Für die Koordination der Gesamtmaßnahme und der anderen an der Planung fachlich Beteiligten wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____
Und als Stellvertreter:	
Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Mit freundlichen Grüßen

(Ort)_____
(Datum)_____
(Stempel und Unterschrift)

Name und Anschrift des Bewerbers

Ort: _____
 Datum: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____
 Az.-Nr.: SBEV-2025-0001

Stadtbahn Entwicklung und
 Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
 Mainzer Landstraße 191
 60327 Frankfurt am Main
 Deutschland

Liste der Projektverantwortlichen des AN

(vom Bewerber/Bieter auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung: **Los 2: 430 - Sachverständigenleistungen für Raumluftechnik**

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Für die oben aufgeführte/n Planungsleistung/en werden von mir folgende Person/en als Projektverantwortlichen für die auszuführenden Leistungen/Teilleistungen benannt:

☐ Koordinator der Gesamtmaßnahme

Für die Koordination der Gesamtmaßnahme und der anderen an der Planung fachlich Beteiligten wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____
Und als Stellvertreter:	
Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Mit freundlichen Grüßen

_____	_____	_____
(Ort)	(Datum)	(Stempel und Unterschrift)

Name und Anschrift des Bewerbers

Ort: _____
 Datum: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____
 Az.-Nr.: SBEV-2025-0001

Stadtbahn Entwicklung und
 Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
 Mainzer Landstraße 191
 60327 Frankfurt am Main
 Deutschland

Liste der Projektverantwortlichen des AN

(vom Bewerber/Bieter auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung: **Los 3: 440 - Sachverständigenleistungen für Starkstrom**

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Für die oben aufgeführte/n Planungsleistung/en werden von mir folgende Person/en als Projektverantwortlichen für die auszuführenden Leistungen/Teilleistungen benannt:

☐ **Koordinator der Gesamtmaßnahme**

Für die Koordination der Gesamtmaßnahme und der anderen an der Planung fachlich Beteiligten wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____
Und als Stellvertreter:	
Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Mit freundlichen Grüßen

_____	_____	_____
(Ort)	(Datum)	(Stempel und Unterschrift)

Name und Anschrift des Bewerbers

Ort: _____
 Datum: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____
 Az.-Nr.: SBEV-2025-0001

Stadtbahn Entwicklung und
 Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
 Mainzer Landstraße 191
 60327 Frankfurt am Main
 Deutschland

Liste der Projektverantwortlichen des AN

(vom Bewerber/Bieter auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung: **Los 4: 450 - Sachverständigenleistungen für Nachrichtentechnik**

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Für die oben aufgeführte/n Planungsleistung/en werden von mir folgende Person/en als Projektverantwortlichen für die auszuführenden Leistungen/Teilleistungen benannt:

☐ Koordinator der Gesamtmaßnahme

Für die Koordination der Gesamtmaßnahme und der anderen an der Planung fachlich Beteiligten wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____
Und als Stellvertreter:	
Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Mit freundlichen Grüßen

_____	_____	_____
(Ort)	(Datum)	(Stempel und Unterschrift)

Name und Anschrift des Bewerbers

Ort: _____
 Datum: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____
 Az.-Nr.: SBEV-2025-0001

Stadtbahn Entwicklung und
 Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
 Mainzer Landstraße 191
 60327 Frankfurt am Main
 Deutschland

Liste der Projektverantwortlichen des AN

(vom Bewerber/Bieter auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung: **Los 5: 460 - Sachverständigenleistungen für Förderanlagen**

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Für die oben aufgeführte/n Planungsleistung/en werden von mir folgende Person/en als Projektverantwortlichen für die auszuführenden Leistungen/Teilleistungen benannt:

☐ Koordinator der Gesamtmaßnahme

Für die Koordination der Gesamtmaßnahme und der anderen an der Planung fachlich Beteiligten wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____
Und als Stellvertreter:	
Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Mit freundlichen Grüßen

_____	_____	_____
(Ort)	(Datum)	(Stempel und Unterschrift)

Name und Anschrift des Bewerbers

Ort: _____
 Datum: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____
 Az.-Nr.: SBEV-2025-0001

Stadtbahn Entwicklung und
 Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
 Mainzer Landstraße 191
 60327 Frankfurt am Main
 Deutschland

Liste der Projektverantwortlichen des AN

(vom Bewerber/Bieter auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung: **Los 6: 480 - Sachverständigenleistungen für Gebäudeautomation**

Projekt:	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung:	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

Für die oben aufgeführte/n Planungsleistung/en werden von mir folgende Person/en als Projektverantwortlichen für die auszuführenden Leistungen/Teilleistungen benannt:

☐ Koordinator der Gesamtmaßnahme

Für die Koordination der Gesamtmaßnahme und der anderen an der Planung fachlich Beteiligten wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____
Und als Stellvertreter:	
Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

☐ **Projektverantwortlicher für das Leistungsbild** _____

Als Projektverantwortlicher für das Leistungsbild _____ wird von mir benannt:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Und als Stellvertreter:

Firma: _____	Name: _____
_____	E-Mail: _____
Straße: _____	Telefon: _____
PLZ/Ort: _____	Fax: _____

Mit freundlichen Grüßen

(Ort)_____
(Datum)_____
(Stempel und Unterschrift)

1750

Bezeichnung der Leistung:

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel
Leistung	NR43b: Sachverständigenleistungen Technischer Ausbau KG 400

Weitere Besondere Vertragsbedingungen Ingenieurleistungen

1	VERTRAGSSPRACHE	2
2	BESPRECHUNGSWESEN	2
3	PROJEKTRAUM	2
4	GEÄNDERTE UND ZUSÄTZLICHE LEISTUNGEN / NACHTRAGSABWICKLUNG	3
5	PLANLAUF	4
6	AUFMAß / ABRECHNUNG / RECHNUNGSSTELLUNG	5
7	ANPASSUNG DER VERGÜTUNG	6
8	SOZIALRECHTLICHE VORSCHRIFTEN / MINDESTLOHN / TARIFTREUE	6
9	UNFALLVERHÜTUNG	7
10	VERSICHERUNG	7
11	ARBEITSGEMEINSCHAFTEN	7
12	GEHEIMHALTUNG / VERTRAULICHKEIT / VERÖFFENTLICHUNGEN / DATENSCHUTZ	8
13	MITARBEITEREINSATZ	9
14	LAUFZEIT / KÜNDIGUNG	10
15	SONSTIGE VEREINBARUNGEN	10
16	ANWENDBARES RECHT / GERICHTSSTAND	11

1 Vertragssprache

Vertragssprache ist deutsch. Der Auftragnehmer hat ergänzend zu den Vorgaben unter § 17 Abs. 5 der AVB F-StB zu gewährleisten, dass eine Kommunikation in deutscher Sprache mit den im Projekt tätigen Personen möglich ist.

2 Besprechungswesen

2.1 Besprechungen allgemein

Für ein Gelingen des Projektes ist eine möglichst ungezwungene, offene Kommunikation zwischen allen Projektpartnern unbedingt erforderlich.

2.2 Vorbereitung und Einladung

Der Auftragnehmer wird von dem Auftraggeber zu Besprechungen eingeladen. Die Einladung erfolgt in der Regel über Termineinladungen per E-Mail.

Vorschläge zu den Tagesordnungspunkten sind rechtzeitig dem Einladenden sowie der Projektsteuerung vorzulegen.

Im Hinblick auf einen straffen Ablauf von Besprechungen hat sich der Auftragnehmer angemessen auf diese vorzubereiten.

2.3 Dokumentation und Protokollierung

Um eine lückenlose Information aller Beteiligten sicherzustellen, vor allem auch derjenigen, die nicht an der Besprechung teilgenommen haben, wird ein Ergebnisprotokoll erstellt.

Darin werden die Besprechungsergebnisse kurz und prägnant festgehalten. So erfolgt die erforderliche eindeutige Dokumentation von Sachverhalten.

Einsprüche bzw. Korrekturen oder Ergänzungen zu Protokollen sind in Textform (§ 126b BGB) innerhalb einer Woche nach Erhalt an den Verfasser zu richten.

3 Projektraum

Zur Gewährleistung eines optimalen und nachvollziehbaren Austauschs jeglicher projektrelevanten Informationen sowie zu deren Dokumentation hat der Auftraggeber einen virtuellen Datenraum (nachfolgend Projektraum genannt) eingerichtet. Für das Planmanagement wird eine gesonderte Datenbank genutzt (siehe Ziffer 5).

Insoweit gilt folgendes:

3.1

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Korrespondenz (aus der Sicht des AG der „Posteingang“) jedenfalls auch an eine je Auftragnehmer fest vorgegebene Emailadresse (z.B. AN001-SBEV@eplass.de) zu versenden.

3.2

Soweit gesetzlich (z. B. nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB)) oder vertraglich die Schriftform oder eine sonstige Form vorgeschrieben ist oder es aufgrund einer Fristsetzung auf den Zugangszeitpunkt des Schreibens ankommt, bleibt der Auftragnehmer verpflichtet, entsprechende Erklärungen auch auf dem Formerfordernis genügenden Weg abzugeben und den Zugang sicher zu stellen.

4 Geänderte und zusätzliche Leistungen / Nachtragsabwicklung

4.1

Die Parteien vereinbaren, dass der Auftraggeber ergänzend zu § 1 Abs. 2 AVB F-StB berechtigt ist, Anordnungen zur Ausführungszeit zu treffen, insbesondere Beschleunigungsmaßnahmen anzuordnen, sofern der Betrieb des Auftragnehmers hierauf eingerichtet ist und es ihm objektiv möglich und zumutbar ist, die jeweils erforderlichen Kapazitäten zu beschaffen oder bereitzustellen. Für die Vergütung des Auftragnehmers gilt § 9 AVB F- StB entsprechend.

4.2

Sofern noch nicht geschehen, ist der Auftragnehmer im Falle einer Anordnung gem. vorstehender Ziff. 4.1 oder nach § 1 Abs. 2 AVB F-StB verpflichtet, unverzüglich und – sofern möglich – rechtzeitig vor Ausführung (spätestens einen Monat nach erfolgter Anordnung) ein schriftliches und prüfbares Angebot vorzulegen, aus welchem sich die aus der Anordnung resultierenden Mehr- und Minderkosten und terminliche Auswirkungen ergeben. Die Preisermittlung des Nachtragsangebotes hat in Fortschreibung der Honorarermittlung zu erfolgen. Soweit neue Preis- und Kostenbestandteile gebildet werden müssen, für die in der Honorarermittlung keine Ansätze vorhanden sind, dürfen sie das Preisniveau des Vertrages nicht übersteigen. Ist ein solches nicht feststellbar, dürfen sie ortsübliche und angemessene Preise nicht übersteigen.

Vom Auftragnehmer gewährte Preisnachlässe – prozentuale Nachlässe ebenso wie summenmäßige Nachlässe – gelten auch für die zu ermittelnde Nachtragsvergütung. Summenmäßige Nachlässe werden entsprechend ihres prozentualen Anteils an der Auftragssumme bei der Ermittlung der Nachtragsvergütung berücksichtigt.

4.3

Gelingt eine Vereinbarung der Vergütung vor Ausführung gemäß § 650q in Verbindung mit § 650b Abs. 1 BGB nicht und auch nicht gemäß § 9 Abs. 1 AVB F-StB, gilt folgendes:

Angeordnete Leistungen gem. vorstehender Ziff. 4.1 bzw. gem. § 1 Abs. 2 AVB F-StB hat der Auftragnehmer auch dann auszuführen, wenn mit dem Auftraggeber keine schriftliche Vereinbarung über die geänderte oder zusätzliche Vergütung erfolgt ist, insbesondere dann, wenn der Auftragnehmer nicht rechtzeitig ein prüfbares Nachtragsangebot vorgelegt hat.

Etwas anderes gilt nur dann, wenn sich der Auftraggeber weigert, den Nachtrag dem Grunde nach zu bestätigen, obwohl der Auftragnehmer ihn dazu aufgefordert hat, den Nachtrag dem Grunde nach zu bestätigen.

Zur Leistungsverweigerung ist der Auftragnehmer ferner dann nicht berechtigt, wenn die Nachtragsforderung bereits dem Grunde nach nicht berechtigt ist oder wenn aus sonstigen Gründen eine Leistungsverweigerung durch den Auftragnehmer unverhältnismäßig wäre. Letzteres gilt

insbesondere bei Gefahr im Verzug.

Im Falle eines offenen bzw. streitigen Nachtrages bleibt es dem Auftragnehmer allerdings vorbehalten, trotz fehlender schriftlicher Preisvereinbarung die Nachtragsforderung auch im Nachhinein geltend zu machen. Gesetzliche Ansprüche des Auftragnehmers werden durch diese Regelung weder eingeschränkt noch ausgeschlossen. Verlangt der Auftragnehmer Abschlagszahlungen für ausgeführte Leistungen aus offenen bzw. streitigen Nachträgen, sind diese entsprechend vorstehender Ziffer 4.2 zu berechnen. § 650c Abs. 3 BGB findet keine Anwendung.“

4.4 Nachtragsabwicklung im Falle der Beauftragung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE)

Vertragspartner ist alleine die ARGE. Sie alleine tritt, vertreten durch den von ihr bestimmten und gegenüber dem Auftraggeber benannten Vertreter der ARGE, gegenüber dem Auftraggeber auf. Die einzelnen ARGE-Partner treten entsprechend nur unter der ARGE auf und nicht unter ihren Einzelunternehmen. In diesem Zusammenhang obliegt die Koordination der ARGE-Partner gegenüber dem Auftraggeber der ARGE. Daraus folgt, dass sie auch die Zusammenführung von Nachträgen erbringen muss. Nachtragsforderungen, die thematisch zusammengehören, sind daher alleine durch die ARGE und in einheitlichen Nachträgen zu stellen. Separate Nachträge für die jeweiligen Leistungen der ARGE-Partner werden unbearbeitet zurückgesendet.

5 Planlauf

5.1

Für das Planmanagement wird eine internetbasierte Datenbank (zur Zeit EPLASS) verwendet, die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt wird.

Alle Ausführungsunterlagen / Bestandsunterlagen (Pläne und Berechnungen) werden bei Einreichung der Unterlagen von Seiten der Projektsteuerung dokumentiert und deren Lauf durch die Prüfinstanzen entsprechend verfolgt. Ziel ist, dass zu jedem Zeitpunkt festgestellt werden kann, welche Unterlagen mit welchem Index derzeit aktuell sind, ob sie freigegeben oder in Prüfung sind und wo sie sich befinden.

Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer eine an den Erfordernissen des Projekts orientierte Zugangsberechtigung zur Datenbank - Planmanagement zur Verfügung. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass der Auftragnehmer verpflichtet ist, die Zugangsdaten für die Plattform vertraulich zu behandeln und insbesondere keine Weitergabe an Dritte (d. h. außerhalb der mit der Projektbearbeitung betrauten, zugangsberechtigten Mitarbeiter des Auftragnehmers) erfolgen darf. Der Auftragnehmer hat seine Mitarbeiter entsprechend im gleichen Umfang zu verpflichten. Der Auftragnehmer erhält per E-Mail einen Aktivierungscode, mit dem er sich ein individuelles Benutzerkonto einzurichten hat. Über ihn betreffende "Aufgaben" (z.B. zur Plan-gleichstellung) erhält der Auftragnehmer auch eine Benachrichtigung an die hinterlegte E-Mail-Adresse. Der Auftragnehmer ist mit dieser Erfassung, Speicherung und Verwendung seiner Daten für die Dauer des Bauprojektes bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist einverstanden.

Der Auftragnehmer koordiniert sich mit den anderen Projektbeteiligten, indem er die für ihn relevanten Informationen termingerecht aus der Plattform abrufen, seine Prüfaufgaben termin-

gerecht elektronisch wahrnimmt und mit Abschluss der Prüfaufgabe entsprechend die Prüfberichte termingerecht einstellt. Die Regelprüfdauer beträgt dabei 3 Wochen. Sollten zu einem Zeitpunkt außergewöhnlich viele Pläne in den Prüflauf eingestellt werden und kann der Auftragnehmer deshalb die Regelprüfdauer nicht einhalten, hat der Auftraggeber den Auftraggeber unaufgefordert darauf hinzuweisen. In diesem Fall vereinbaren beide Parteien eine abweichende Prüfdauer für diese Pläne, deren Einhaltung für den Auftragnehmer verbindlich ist.

Für die richtige und vollständige Übermittlung der Ausführungs- und Bestandsunterlagen ist der einstellende Projektbeteiligte verantwortlich.

Einzelheiten der Benutzung ergeben sich aus dem zur Verfügung gestellten Projekthandbuch. Insoweit steht dem Auftraggeber das Recht zu, Änderungen der Vorgaben aus dem Projekthandbuch anzuordnen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, jeden Werktag die Plattform einzusehen und die für ihn vorgesehenen Aufgaben zu registrieren. Der Zugang seiner Aufgaben spätestens an dem der Einstellung folgenden Werktag wird daher einvernehmlich unterstellt. Unterstützend kann durch den AN eine tägliche Erinnerungsmail vom System persönlich konfiguriert werden.

Die folgenden Voraussetzungen sind zur Teilnahme am Projektraum zu schaffen:

- a. Zur Internetverbindung wird verlangt:
 - i. mindestens: A-DSL 786/128 kbit/s
 - ii. gut geeignet: A-DSL 16000/1000 kbit/s
 - iii. optimal: VDSL 25/50 oder 2 Mbit/s Standleitung.
- b. Der Internet-Zugang kann über einen beliebigen Provider bereitgestellt werden.

6 Aufmaß / Abrechnung / Rechnungsstellung

Zur Rechnungsstellung des Auftragnehmers wird vereinbart, dass der Auftragnehmer berechtigt ist, Abschlagsrechnungen im Sinne des § 10 Abs. 1 AVB F-StB einmal im Monat zu stellen. Die Zahlung wird fällig innerhalb von 21 Tagen ab Zugang einer den Anforderungen des § 10 Abs.1 AVB F-StB entsprechenden, prüfaren Abschlagsrechnung.

Es wird ferner vereinbart, dass die Prüffrist für die Schlussrechnung gemäß § 10 Abs. 3 AVB F-StB 60 Tage beträgt.

Die Abrechnung nach Stundensätzen richtet sich nach den tatsächlich geleisteten, für die Erfüllung der vertraglichen Aufgaben erforderlichen Stunden. Der Nachweis ist in Form von durch den Mitarbeiter des Auftragnehmers unterschriebenen Stundenzetteln mit detailliertem Tätigkeitsnachweis, der ohne weitere Erläuterung aus sich heraus nachvollziehbar und prüfbar sein muss, zu erbringen

Alle Rechnungen sind elektronisch einzureichen.

Hierzu sind die Rechnungen im PDF-Format an die E-Mail-Adresse *Rechnungswesen@sbev-frankfurt.de* zu schicken. Wahlweise können strukturierte elektronische Rechnungen im Format ZUGFeRD 2.0 als Bestandteil des PDF-Dokuments gesendet werden.

7 Anpassung der Vergütung

Der Auftragnehmer erhält für seine Leistungen grundsätzlich eine Vergütung auf Stundenhonorarbasis gemäß dem im Preisblatt des jeweils beauftragten Loses (Dokument 2310-X) angegebenen Stundensatz. Für Leistungen, die nach dem 31.12.2026 erbracht werden, erhöht sich der Stundensatz jährlich um jeweils 2 %. Sollte der Auftragnehmer die Frist-/Terminüberschreitung allerdings zu vertreten bzw. teilweise mit zu vertreten haben, verbleibt es bei der ursprünglich vereinbarten Vergütung. Der Auftragnehmer hat darzulegen und zu beweisen, dass eine eventuelle Terminüberschreitung nicht durch ihn zu vertreten ist.

8 Sozialrechtliche Vorschriften / Mindestlohn / Tariftreue

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, das Arbeitnehmerentsendegesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das Verbot illegaler Ausländerbeschäftigung und die Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts, insbesondere zur Abführung der gesetzlichen Beiträge, einschließlich der einschlägigen tarifvertraglichen Bestimmungen sowie die Bestimmungen des Mindestlohngesetzes zu beachten und einzuhalten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Falle von Beauftragungen von Nachunternehmern diesen gleichlautende Verpflichtungen aufzuerlegen und dies vor Ausführung der Leistungen durch die Nachunternehmer nachzuweisen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber die Einhaltung der vorstehenden Verpflichtungen auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen. Der Auftraggeber darf zu diesem Zweck angekündigt oder unangekündigt in erforderlichem Umfang anlassbezogen Einsicht in die Entgeltabrechnungen und anderen Geschäftsunterlagen des Auftragnehmers sowie aller weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen nehmen, aus denen Umfang, Art und Dauer von Beschäftigungsverhältnissen sowie die tatsächliche Entlohnung von Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden können. Der Auftraggeber kann hierzu auch Auskunft verlangen. Der Auftragnehmer sowie alle Nachunternehmen und Verleihunternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei Beauftragung von Nachunternehmen und/oder Verleihunternehmen, mit diesen zu vereinbaren, dass das vorstehende Auskunfts- und Prüfungsrecht des Auftraggebers auch ihnen gegenüber gilt.

Die Auftragnehmer sowie alle Nachunternehmen und Verleihunternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen nach vorstehendem Absatz über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers sind ihm diese Unterlagen vorzulegen und als Kopie oder elektronisch zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Einhaltung dieser Pflicht durch alle beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

Der Auftraggeber nutzt die ihm als Kopie oder elektronisch zur Verfügung gestellten Unterlagen nur zu dem Zweck der Prüfung und Kontrolle nach vorstehenden Regelungen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von allen Ansprüchen der Arbeitnehmer des Auftragnehmers, der Arbeitnehmer seiner Nachunternehmer und allen Arbeitnehmern aller weiteren nachgeordneten Nachunternehmer und etwaiger Verleiher, des Finanzamts und der Sozialkassen freizustellen. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur für Ansprüche gemäß

§ 14 AEntG, § 13 MiLoG, § 28 e Abs. 3 a-f SGB IV, § 150 SGB VII und weitere, eine entsprechende Haftung des Auftraggebers anordnende, gesetzliche oder tarifvertragliche Vorschriften. Ergänzend wird auf die vom Auftragnehmer abgegebene Verpflichtungserklärung zu Tariftreue Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) verwiesen.

9 Unfallverhütung

Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung der zu beachtenden Unfallverhütungs- und sonstigen einschlägigen Vorschriften allein verantwortlich. Er bestätigt ausdrücklich, dass er über die Haftungsbestimmungen, die Unfallverhütungsvorschriften und die sonstigen zur Verhütung von Schadensfällen geltenden Vorschriften und Arbeitsbedingungen unterrichtet ist.

Der Auftragnehmer hat sowohl bei Beginn seiner Arbeiten als auch während der gesamten Dauer der Ausführung dafür zu sorgen, dass der Zustand jederzeit den Erfordernissen der Unfallverhütung entspricht.

10 Versicherung

Der Auftraggeber hat für das Bauprojekt "Stadtbahn Europaviertel" eine kombinierte Bauleistungs- und Montageversicherung, Bauherrenhaftpflicht-, Betriebs- und Produkt-, Umwelt- und Berufshaftpflichtversicherung einschl. Umweltschadenversicherung auf Basis guter Versicherungsbedingungen inkl. projektspezifischer besonderen Vereinbarungen für die gesamte Bauzeit inklusive Erprobung bis zu Abnahme des Gesamtauftrages für alle am Bau beteiligten Unternehmen abgeschlossen.

Die Gesamtdeckungssumme der projektbezogenen Haftpflichtversicherung beträgt 100 Mio. € pauschal für Personen- und Sachschäden und 20 Mio. € für Vermögensschäden. Für die Planungshaftpflicht-, Umwelthaftpflicht- und Umweltschadenversicherung gelten marktübliche Sublimits. Der generelle Selbstbehalt beträgt 25.000,00 € je Schadenfall.

Die Prämie für diese Deckung wird vom Auftraggeber getragen und nicht auf die am Bau beteiligten Auftragnehmer umgelegt.

Die angegebenen Selbstbehalte sind vom jeweils betroffenen Auftragnehmer zu tragen.

Die Regelungen des § 16 AVB F-StB bleiben von vorstehender Regelung unberührt.

Asbestschäden sind von der o.g. Versicherung ausgeschlossen. Hierfür hat der Auftragnehmer bei Bedarf eine gesonderte Versicherung abzuschließen.

11 Arbeitsgemeinschaften

Ergänzend zu § 18 AVB F-StB gilt:

Arbeitsgemeinschaften haben je ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft als Federführer für die technische Abwicklung und die kaufmännische Abwicklung zu benennen. Die Federführer sind

von den anderen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft bevollmächtigt, die Arbeitsgemeinschaft rechtsgeschäftlich zu vertreten und für diese Zahlungen entgegenzunehmen.

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft werden den Auftraggeber über alle wesentlichen, die Arbeitsgemeinschaft betreffenden Umstände informieren. Hierzu gehört insbesondere die zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft verabredete Arbeitsverteilung für alle Projektphasen sowie die Nennung der projektbezogenen Verantwortlichen eines jeden Mitglieds.

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft verpflichten sich, Änderungen in der Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vorzunehmen.

Für den Fall der Insolvenz oder des anderweitigen Ausscheidens oder des Ausschlusses eines oder mehrerer ARGE-Mitglieder aus der ARGE sind die verbleibenden ARGE-Mitglieder oder das verbleibende ARGE-Mitglied verpflichtet, die Geschäfte der ARGE fortzuführen. Mit Zustimmung des Auftraggebers ist in diesem Fall die Aufnahme weiterer ARGE-Mitglieder zulässig. Die vorgenannten Regelungen sind in den Arbeitsgemeinschaftsvertrag der ARGE zu integrieren.

12 Geheimhaltung / Vertraulichkeit / Veröffentlichungen / Datenschutz

12.1

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle nicht offenkundigen kaufmännischen und technischen Einzelheiten, die ihm durch die Geschäftsbeziehungen bekannt werden, als Geschäftsgeheimnis zu behandeln und bei der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen als Verantwortlicher die einschlägigen Datenschutzvorschriften, insbesondere die Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), einzuhalten.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur absoluten Verschwiegenheit im Verhältnis zu Dritten, insbesondere zu Medien hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse und Informationen über das Projekt einschl. der Inhalte der vom Auftraggeber eingegangenen Vertragsbeziehungen oder andere betriebliche Belange des Auftraggebers.

12.2

Personenbezogene Daten dürfen vom Auftragnehmer nur in dem Umfang und zu den Zwecken sowie in der Weise verarbeitet werden, wie es zur Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen erforderlich ist. Eine weitergehende Verwendung der Daten ist unzulässig. Die Verarbeitung personenbezogener Daten darf ausschließlich nur nach den aktuell gültigen datenschutzrechtlichen Vorgaben erfolgen. Dies beinhaltet insbesondere die Einhaltung der Grundsätze zur Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 5 DS-GVO), die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Art. 6 DS-GVO) sowie die Implementierung von dem aktuellen Stand der Technik angepassten Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DS-GVO) und die Verpflichtung der Mitarbeitenden des Auftragnehmers auf die Vertraulichkeit (analog zu Art. 28 Abs. 3 lit. b DS-GVO bzw. Art. 29 DS-GVO).

Die personenbezogenen Daten, die dem Auftragnehmer vom Auftraggeber zur Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen zur Verfügung gestellt wurden und Verarbeitungsergeb-

nisse, die der Auftragnehmer für den Auftraggeber bei der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen erzielt hat, sind vom Auftragnehmer nach Erfüllung des Vertrages unter Beachtung etwaiger Aufbewahrungspflichten nach Wahl des Auftraggebers diesem, in einem mit dem Auftraggeber abzustimmenden Format auszuhändigen und nach der vorherigen schriftlichen Freigabe durch den Auftraggeber datenschutzkonform zu löschen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen Leistungen ausschließlich auf dem Gebiet der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum durchzuführen. Eine Übermittlung der Daten in Drittstaaten bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers und unterliegt den besonderen gesetzlichen Anforderungen an solche Übermittlungen.

Soweit der Auftragnehmer entsprechend des vertraglich geregelten erlaubten Rahmens zur Erbringung der angebotenen Leistungen Dritter bedient, ist der Auftragnehmer berechtigt, Daten des Auftraggebers unter Beachtung der Regelung des Art. 28 DS-GVO offenzulegen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich insoweit, den Nachunternehmer sorgfältig auszuwählen und auf die Einhaltung vorstehender Geheimhaltungsvorschriften sowie der einschlägigen Datenschutzvorschriften zu verpflichten. Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber für die Einhaltung der Pflichten des Nachunternehmers.

12.3

Ergänzend zu § 3 Abs. 1 und 2 AVB F-StB gilt: Unterlagen aller Art, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Verfügung stellt, wie Muster, Zeichnungen, Modelle und dergleichen, bleiben Eigentum des Auftraggebers; sie dürfen nicht für andere als die vertraglichen Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Diese Unterlagen sind dem Auftraggeber einschließlich der angefertigten Kopien ohne besondere Aufforderung zurückzusenden, wenn sie zur Erledigung des Auftrags nicht mehr benötigt werden, spätestens jedoch am Ende der Gewährleistungszeit.

12.4

Sämtliche Veröffentlichungen über das Bauvorhaben oder zu einzelnen Bauleistungen sind nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

13 Mitarbeitereinsatz

Der Auftragnehmer setzt für die Leistungserbringung den verantwortlichen Mitarbeiter gemäß seinen Angaben in der „Liste der Projektverantwortlichen“ (Dokument 1725) ein. Ein Wechsel dieser Person, der nicht aus der Sphäre des Auftraggebers veranlasst ist, ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers möglich. Der Auftraggeber darf seine Zustimmung jedoch nicht ohne wichtige Gründe verweigern. Ein wichtiger Grund ist insbesondere dann gegeben, wenn der neu einzusetzende Mitarbeiter nicht über die entsprechenden, mit der zu ersetzenden Person vergleichbaren, Qualifikationen für das Aufgabengebiet im Hinblick auf Berufserfahrung, Ausbildung, Referenzen im geforderten Tätigkeitsbereich etc. verfügt oder ein Interessenkonflikt in Zusammenhang mit der Tätigkeit für andere Auftraggeber besteht. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber hierzu entsprechende Nachweise zur Qualifikation und Berufserfahrung des neuen Mitarbeiters vorzulegen. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Vergütung der Einarbeitungszeit des neuen Mitarbeiters.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung eines Mitarbeiters zu verlangen, der zur Erbringung der geschuldeten Leistungen fachlich ungeeignet ist, bei dem Zweifel an seiner Zuverlässigkeit bestehen oder wenn das Vertrauensverhältnis aus vom Mitarbeiter zu vertretenden Gründen gestört ist.

14 Laufzeit / Kündigung

14.1

Der Vertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten. Der Vertrag verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, es sei denn der Auftraggeber kündigt den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf der jeweiligen Laufzeit. Der Auftragnehmer hat das Recht, den Vertrag mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit zu kündigen.

14.2

(2) Beide Parteien können diesen Vertrag aus wichtigem Grund kündigen. Für den Auftraggeber besteht insbesondere dann ein wichtiger Grund zur Kündigung,

- wenn der Auftragnehmer - trotz Abhilfeaufforderung oder Abmahnung durch den Auftraggeber mit angemessener Frist- und Nachfristsetzung - seine Leistungen nicht in der vereinbarten oder branchenüblichen Qualität erbringt;

- wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren eröffnet wird, das Insolvenzgericht vorläufige Sicherungsmaßnahmen nach § 21 InsO trifft, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder wenn der Auftragnehmer die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt.

- wenn der Auftragnehmer schwerwiegend gegen wesentliche Vertragspflichten, insbesondere gegen die Geheimhaltungspflicht, verstößt.

14.3

Die Kündigung kann in Schriftform oder Textform erfolgen.

15 Sonstige Vereinbarungen

15.1

Das Recht des Auftragnehmers, mit Gegenforderungen aufzurechnen, ist ausgeschlossen, es sei denn, die Gegenforderung, mit der aufgerechnet werden soll, ist rechtskräftig festgestellt oder unbestritten oder die Gegenforderung beruht auf einem einheitlichen Lebensverhältnis mit der Hauptforderung (Konnexität).

15.2

Der Auftragnehmer ist nur mit schriftlich erteilter Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, Forderungen aus diesem Vertrag abzutreten.

15.3

Abweichend von und vorrangig zu den AVB F-StB vereinbaren die Parteien, dass § 6 der AVB

F-StB keine Anwendung findet.

16 Anwendbares Recht / Gerichtsstand

Auf das Vertragsverhältnis findet deutsches Recht Anwendung. Ausschließlicher Gerichtsstand ist Frankfurt am Main, es sei denn das Gesetz bestimmt einen hiervon abweichenden ausschließlichen Gerichtsstand.

Name und Anschrift des Unternehmens

Bezeichnung der Leistung

Projekt	Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3 - Europaviertel
Leistung	NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

**Verpflichtungserklärung
zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten unter Berücksichtigung der
Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)***

Nachfolgende Erklärung ist mit dem Angebot abzugeben.

1. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns bei der Ausführung der Leistung
 - a) Die in § 2 Abs. 2 und 3 LkSG genannten Verbote zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt im eigenen Geschäftsbetrieb einzuhalten und gegenüber den am Auftrag unmittelbar oder mittelbar beteiligten Unterauftragnehmer, Verleihunternehmen und Lieferanten entlang der Lieferkette angemessen zu adressieren.
 - b) in regelmäßigen Abständen (mindestens einmal jährlich) Schulungen/ Weiterbildungen zu den Verpflichtungen nach lit. a) für betroffene Mitarbeitergruppen im eigenen Geschäftsbereich durchzuführen.
 - c) angemessene Kontrollmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Verpflichtungen nach lit. a) im eigenen Geschäftsbereich sicherzustellen und Vereinbarungen oder Zusicherungen zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt entlang der Lieferkette durchzusetzen.
 - d) bei einer bereits eingetretenen oder unmittelbar bevorstehenden Verletzung der Verpflichtungen nach lit. a) im eigenen Geschäftsbereich unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diese Verletzung zu verhindern und zu beenden oder – soweit dies unmöglich oder unzumutbar ist – zu minimieren.
 - e) bei substantiierter Kenntnis des Auftraggebers über eine Verletzung oder mögliche Verletzung der unter lit. a) genannten Verbote durch am Auftrag unmittelbar oder mittelbar beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Verleihunternehmen auf Verlangen des Auftraggebers anlassbezogen ein Konzept zu erstellen und umzusetzen, um solche Verletzungen zu verhindern und zu beseitigen oder – soweit dies unmöglich oder unzumutbar ist – zu minimieren.

Die Angemessenheit bestimmt sich nach § 3 Abs. 2 LkSG. Weitergehende gesetzliche Verpflichtungen des Auftragnehmers nach dem LkSG bleiben unberührt.

2. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns:

- a) dem Auftraggeber auf Verlangen binnen angemessener Frist schriftliche Auskünfte über die Einhaltung der in § 2 Abs. 2 und Abs. 3 LkSG genannten Verbote zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt bei der Ausführung des Auftrags zu erteilen. Dies gilt unbeschadet etwaiger gesetzlicher Berichtspflichten des Auftragnehmers nach § 10 Abs. 2 LkSG. Das Auskunftsverlangen des Auftraggebers kann umfassend oder z.B. auf bestimmte Verbote, bestimmte Unternehmen oder Standorte oder bestimmte Produktgruppen oder Produkte beschränkt sein. Von Unternehmen, die ihrerseits den Verpflichtungen des LkSG unterliegen, können Auskünfte zu allen nach diesem Gesetz zu erhebenden Informationen verlangt werden.
- b) den Auftraggeber auf Verlangen über die nach Ziffer 1 getroffenen Maßnahmen zu informieren und bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen die Verpflichtungen nach Ziffer 1 verstoßen wird, deren Einhaltung gegenüber dem Auftraggeber nachzuweisen.
- c) den Auftraggeber auf Verlangen zu bevollmächtigen, Auskünfte über die Einhaltung der in § 2 Abs. 2 und 3 LkSG genannten Verbote zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt bei der Ausführung des Auftrags sowie der nach Ziffer 1 getroffenen Maßnahmen bei Dritten einzuholen.

3. Bei einem schweren oder fortgesetzten Verstoß des AN gegen die Verpflichtungen nach Ziffer 1 oder 2 ist der AG zur fristlosen Kündigung des Auftrags berechtigt.

* Alle Verweise auf das LkSG beziehen sich auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) in der am 01.01.2023 in Kraft tretenden und sodann jeweils aktuellen Fassung. Diese Verpflichtungserklärung wird mit Vertragsschluss verbindlich. Sie gilt unabhängig von dem Zeitpunkt des vollständigen In-Kraft-Tretens des LkSG.

Ort/Datum

Unterschrift in Textform

Bezeichnung der Leistung:

Projekt	
Leistung	

(Wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Information Datenschutz

Informationen zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Der Schutz Ihrer Personen bezogenen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen. Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

E-Mail-Adresse: info@sbev-frankfurt.de

Internet-Adresse: <https://www.sbev-frankfurt.de/de/datenschutzhinweise/>

Sie erreichen unsere(n) Datenschutzbeauftragte(n) unter:

E-Mail-Adresse: datenschutz@sbev-frankfurt.de

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet) zulässigerweise gewinnen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteilen) berechtigt übermittelt werden. Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Name, Adresse und andere Kontaktdaten wie Telefonnummer und E-Mail-Adresse und IP). Wir speichern Personen bezogene Daten z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsaufträgen, Angeboten, Ihren Fragen welche Sie z.B. über Webformulare oder per E-Mail an uns senden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr), Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten und aufgrund welchen Gesetzes (Zweck der Verarbeitung)?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. a, b, c e und f sowie Abs. 3 DS-GVO wie folgt:

a) Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO)

Die Verarbeitung von Daten erfolgt zur Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der fiskalischen Bedarfsdeckung für Behörden und andere staatliche Organisationen. Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach den konkreten Produkten (z.B. Bedarfserhebung, Abfragen und Analysen unter Behördenkunden künftig auch u. U. mittels des Bedarfserhebungstools; Durchführung von Vergabeverfahren zur Durchführung von vorvertraglichen und vertraglichen Maßnahmen, und der Abwicklung von Rahmenvereinbarungen im Rahmen des E-Procurements). Die weiteren Einzelheiten zu den Datenverarbeitungszwecken können Sie den maßgeblichen Geschäfts- und Nutzungsbedingungen entnehmen.

b) Wahrung berechtigter Interessen (gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO)

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Erfüllung rechtlicher Pflichten oder zur Wahrnehmung im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben, insbesondere zur:

- Prüfung und Optimierung von Verfahren zur Bedarfsanalyse zwecks direkter Kundenansprache,
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten,
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs,
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten,
- Videoüberwachungen zur Wahrung des Hausrechts, für Zutrittskontrollen,
- Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten.

c) Aufgrund Ihrer Einwilligung (gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO)

Die Zusendung unseres Newsletters über Neuerungen bei der e-Vergabe oder Informationen über zukünftige Vergaben in von Ihnen ausgesuchten Produktbereichen beruht auf Ihrer Einwilligung.

d) Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO)

Zudem unterliegen wir als öffentlicher Auftraggeber rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Vergabeverordnungen, Wettbewerbsregistergesetz, Steuergesetze). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Identitätsprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten.

e) Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (gem. Art. 6 Abs. 1 lit e) DS-GVO i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DS-GVO)

4. Wer bekommt Ihre Daten?

Ihre Daten bekommen nur die für die Bearbeitung zuständigen Personen und diejenigen, die ein berechtigtes Interesse durch ihre Beteiligung darlegen können. So bekommen insbesondere bei Beschaffungen nur Personen bei dem Bedarfsträger und der Vergabestelle Angebote zur Kenntnis. Außerdem können Vorgesetzte, Qualitätsmanager, Nachprüfstellen, Vergabekammern, Rechnungs- und Preisprüfer sowie Angehörige der Rechnungshöfe in erforderlichem Umfang Einblick in Ihre Daten bekommen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter und Dienstleister können zu diesem Zweck Daten erhalten. Soweit Ihre Daten im Rahmen eines Auftragsverarbeitungs- oder Dienstleistungsverhältnisses verarbeitet werden, wird auch der Auftragsverarbeiter bzw. Dienstleister zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

5. Werden Ihre Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb der europäischen Union oder des europäischen Wirtschaftsraums) ist im Regelfall nicht geplant und nicht beabsichtigt (mit Ausnahme der Nutzung von Microsoft Office 365 und damit verbundene Applikationen, wie z.B. Teams, s.u. Ziffer 11.).

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Dabei ist zu beachten, dass einige unsere Geschäftsbeziehungen auf Jahre angelegte Dauerschuldverhältnisse sind. Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden sie regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren - befristete - Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten:
Zu nennen sind das Handelsgesetzbuch (HGB), die Abgabenordnung (AO). Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. In Fällen der Beschaffung im Zusammenhang mit EU-geförderten Programmen beträgt die Aufbewahrungsfrist in der Regel 10 Jahre nach Ablauf des Förderprogramms; bei anderen Fördermaßnahmen bis zu 30 Jahre.
- Nach § 147 Abs. 1 Nr. 1 AO sowie § 257 Abs. Nr. 1 HGB beträgt die Aufbewahrungsfrist in der Regel 10 Jahre nach Abschluss der Beschaffung.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

7. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

a) Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft betreffend der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

b) Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden.

c) Recht auf Löschung

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s.a. Dauer der Speicherung).

d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/Bieters zu verlangen.

e) Recht auf Widerspruch

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/ Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht.

f) Recht auf Unterrichtung

Es besteht ein Recht auf Unterrichtung, an welchen Empfänger Informationen weitergeleitet wurden, die berichtigt worden sind, die gelöscht wurden oder deren Verarbeitung eingeschränkt wurde.

g) Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen ein Recht auf Übertragung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format, wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und mit Hilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

h) Recht auf Widerruf

Es besteht ein Recht eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten zu widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der Datenschutzgrundverordnung, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, wird davon nicht berührt.

i) Recht auf Beschwerde

Es besteht ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde.

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten?

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung ist es erforderlich, dass Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, Verträge mit Ihnen zu schließen oder diese auszuführen. Sollten Sie uns notwendige Informationen und Unterlagen nicht zur Verfügung stellen, dürfen wir die von Ihnen gewünschte Geschäftsbeziehung nicht aufnehmen oder fortsetzen.

9. Findet eine automatisierte Entscheidungsfindung statt?

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir elektronische Unterstützung, aber grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DS-GVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie - sofern es gesetzlich vorgegeben ist - hierüber gesondert informieren.

10. Änderung des Zwecks der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten teilweise Ihre Daten mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Wir setzen Profiling beispielsweise in Fällen von Teilnahmewettbewerben bei der Vergabe von Dienstleistungen von Beraterteams, Dozenten und Coaching sowie im Rahmen des Terrorlistenscreenings ein. Wenn der Zweck der Verarbeitung der Daten durch uns geändert werden soll, werden Sie vorher darüber informiert.

11. Online-Meetings und Webinare mit Microsoft Teams

Wir nutzen Microsoft 365 und Microsoft Teams, zur Durchführung unserer Online-Meetings, Videokonferenzen und/oder Webinare Microsoft 365 und Microsoft Teams sind ein Service der Microsoft Ireland Operations, Ltd. Dafür hat unser IT-Dienstleister, mit dem wir einen Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) gem. Art. 28 DS-GVO abgeschlossen haben, einen Auftragsverarbeitungsvertrag mit dem Anbieter geschlossen.

1950

Bei der Nutzung von „Microsoft Teams“ werden verschiedene Datenarten verarbeitet. Der Umfang der Daten hängt dabei auch davon ab, welche Angaben Sie zu Ihren personenbezogenen Daten vor bzw. bei der Teilnahme an einem „Online-Meeting“ machen. Folgende personenbezogene Daten sind Gegenstand der Verarbeitung:

- Angaben zum Benutzer: Anzeigename, E-Mail-Adresse, Profilbild (optional), bevorzugte Sprache;
- Meeting-Metadaten: z.B. Datum, Uhrzeit, Meeting-ID, Telefonnummer, Ort;
- Text-, Audio- und Videodaten: Sie haben ggf. die Möglichkeit, in einem Online-Meeting die Chatfunktion zu nutzen. In diesem Fall werden die von Ihnen gemachten Texteingaben verarbeitet, um diese im Online-Meeting anzuzeigen.

Um die Anzeige von Video und die Wiedergabe von Audio zu ermöglichen, werden während der Dauer des Meetings die Daten vom Mikrofon Ihres Endgeräts sowie von einer Videokamera des Endgeräts verarbeitet. Sie können die Kamera oder das Mikrofon jederzeit selbst über die „Microsoft Teams“-Applikationen abschalten bzw. stummstellen.

Bei der Verwendung von Microsoft 365 werden Meeting-Metadaten (Diagnosedaten) durch Microsoft verarbeitet und in Drittländer außerhalb der EU/ EWR (i.d.R. USA) übermittelt; diese können in sehr seltenen Fällen Ihre personenbezogenen Daten enthalten.

In diesen Drittländern herrscht kein angemessenes Datenschutzniveau und es können keine geeigneten Garantien für den Schutz Ihrer Daten gegeben werden (fehlende Durchsetzbarkeit von Betroffenenrechten und mögliche unverhältnismäßige Zugriffe staatlicher Stellen auf Ihre Daten).

Im Rahmen der Microsoft-Lizenzverträge wurden die EU-Standardvertragsklauseln abgeschlossen. Ergänzend zu den vertraglichen Maßnahmen wurden technische und organisatorische Maßnahmen durch unsern IT-Dienstleister unternommen, dazu zählt auch die Verschlüsselung der Daten bei Transport und Speicherung.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung bei der Durchführung von „Online-Meetings“ ist Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO, soweit die Meetings im Rahmen von Vertragsbeziehungen und vorvertraglichen Maßnahmen durchgeführt werden. Sollte keine vertragliche Beziehung bestehen, ist die Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Unser Interesse besteht hier in der Bereitstellung einer effizienten Plattform für die Durchführung von „Online Meetings“.

Die Speicherdauer der Meeting-Metadaten beim Verantwortlichen beträgt 30 Tage; beim Auftragsverarbeiter können diese Metadaten bis zu 180 Tage verarbeitet werden.

Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

11.03.2025

Verfahren: SBEV-2025-0001 - NR43b: Sachverständigenleistung n - Technischer Ausbau KG 400

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	LOS NR43b: Sachverständigenleistung n - Technischer Ausbau KG 400 Los 1: 410 - Sachverständigenleistung n für Löschanlagen	EUR
----------	---	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
Zuschlagskriterium: Freie Verhältnismahl Preis/Leistung (Preis: 70%, Leistung: 30%)
Klassifizierung: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen (71000000-8)
Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen (71321000-4)

NR43b: Sachverständigenleistung n - Technischer Ausbau KG 400
Los 1: 410 - Sachverständigenleistung n für Löschanlagen

- Wandhydrantenanlage
- Löschwassereinspeisestellen trocken
- Hebeanlagen

1.1	Stundensatz Prüfsachverständiger - Los 1: 410 - Löschanlagen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stunde		

.....
pro 1,00 Stunde

Stundensatz für den/die Prüfsachverständigen Löschanlagen zur Erfüllung der geforderten Leistungen gem. Eintragung im Preisblatt 2310-1
Bei Abweichungen zwischen der Eintragung auf der Vergabepattform und den Eintragungen im Preisblatt (Dokument 2310-1) ist der angegebene Preis im Preisblatt (Dokument 2310-1) maßgeblich.

2	LOS NR43b: Sachverständigenleistungen n - Technischer Ausbau KG 400 Los 2: 430 - Sachverständigenleistungen n für Raumluftechnik	EUR
----------	---	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 70%, Leistung: 30%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen (71000000-8)
 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen (71321000-4)

NR43b: Sachverständigenleistungen n - Technischer Ausbau KG 400
 Los 2: 430 - Sachverständigenleistungen n für Raumluftechnik
 • Lüftungsanlagen
 • Klimatechnische Anlagen

2.1 Stundensatz Prüfsachverständiger - Los 2: 430 Raumluftechnik	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stunde		

..... pro 1,00 Stunde
--------------------------	-------

Stundensatz für den/die Prüflingenieur Raumluftechnik zur Erfüllung der geforderten Leistungen gem. Eintragung im Preisblatt 2310-2
 Bei Abweichungen zwischen der Eintragung auf der Vergabeplattform und den Eintragungen im Preisblatt (Dokument 2310-2) ist der angegebene Preis im Preisblatt (Dokument 2310-2) maßgeblich.

3	LOS NR43b: Sachverständigenleistungen n - Technischer Ausbau KG 400 Los 3: 440 - Sachverständigenleistungen n für Starkstrom	EUR
----------	---	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 70%, Leistung: 30%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen (71000000-8)
 Planung von Stromversorgungssystemen (71323100-9)

NR43b: Sachverständigenleistungen n - Technischer Ausbau KG 400
 Los 3: 440 - Sachverständigenleistungen n für Starkstrom

- Elektrische Anlagen Licht und Kraft
- Stromversorgung MS/NS (Gebäudeversorgung)
- Sicherheitsstromversorgung NEA
- USV-Anlagen
- Beleuchtungsanlagen
- Sicherheitsbeleuchtung
- Potenzialausgleich / Erdung

3.1	Stundensatz Prüfsachverständiger - Los 3: 440 Starkstrom	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stunde		

Stundensatz für den/die Prüfsachverständigen Starkstrom zur Erfüllung der geforderten Leistungen gem. Eintragung im Preisblatt 2310-3
Bei Abweichungen zwischen der Eintragung auf der Vergabepattform und den Eintragungen im Preisblatt (Dokument 2310-3) ist der angegebene Preis im Preisblatt (Dokument 2310-3) maßgeblich.

.....
pro 1,00 Stunde

4	LOS NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 4: 450 - Sachverständigenleistungen für Nachrichtentechnik	EUR
----------	---	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
Zuschlagskriterium: Freie Verhältnisauswahl Preis/Leistung (Preis: 70%, Leistung: 30%)
Klassifizierung: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen (71000000-8)
Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen (71321000-4)

NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400
Los 4: 450 - Sachverständigenleistungen für Nachrichtentechnik

- Brandmelde- und Alarmierungsanlage
- Sprachalarmierungsanlage
- Elektroakustische Anlagen
- Fernsprechanlagen
- Prozessnetzwerk
- Sicherheit und Service (Notruf, Objektschutz, Videoanlagen)
- Dynamische Fahrgastinformation und Uhren
- Betriebsfunk und Gebäudefunk BOS (digital)

4.1	Stundensatz Prüfsachverständiger - Los 2: 450 Nachrichtentechnik	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stunde		

Stundensatz für den/die Prüfsachverständigen Nachrichtentechnik zur Erfüllung der geforderten Leistungen gem. Eintragung im Preisblatt 2310-4
Bei Abweichungen zwischen der Eintragung auf der Vergabepattform und den Eintragungen im Preisblatt (Dokument 2310-4) ist der angegebene Preis im Preisblatt (Dokument 2310-4) maßgeblich.

.....
pro 1,00 Stunde

5	LOS NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 5: 460 - Sachverständigenleistungen für Förderanlagen	EUR
----------	--	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 70%, Leistung: 30%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen (71000000-8)
 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen (71321000-4)

NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400
 Los 5: 460 - Sachverständigenleistungen für Förderanlagen

- Aufzugsanlage
- Fahrtreppen

5.1 Stundensatz Prüfsachverständiger - Los 2: 460 Förderanlagen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stunde		

..... pro 1,00 Stunde
--------------------------	-------

Stundensatz für den/die Prüfsachverständigen für Förderanlagen zur Erfüllung der geforderten Leistungen gem. Eintragung im Preisblatt 2310-5
 Bei Abweichungen zwischen der Eintragung auf der Vergabepattform und den Eintragungen im Preisblatt (Dokument 2310-5) ist der angegebene Preis im Preisblatt (Dokument 2310-5) maßgeblich.

6	LOS NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 6: 480 - Sachverständigenleistungen für Gebäudeautomation	EUR
----------	--	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 70%, Leistung: 30%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen (71000000-8)
 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen (71321000-4)

NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400
 Los 6: 480 - Sachverständigenleistungen für Gebäudeautomation

- Gebäudeautomation
- Zentrale Leittechnik

6.1 Stundensatz Prüfsachverständiger - Los 6: 480 Gebäudeautomation	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	Stunde		

..... pro 1,00 Stunde
--------------------------	-------

Stundensatz für den/die Prüfsachverständigen für Gebäudeautomation zur Erfüllung der geforderten Leistungen gem. Eintragung im Preisblatt

2310-6

Bei Abweichungen zwischen der Eintragung auf der Vergabepattform und den Eintragungen im Preisblatt (Dokument 2310-6) ist der angegebene Preis im Preisblatt (Dokument 2310-6) maßgeblich.

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Verfahren: SBEV-2025-0001 - NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Los 1 -"NR43b: Sachverständigenleistung n - Technischer Ausbau KG 400 Los 1: 410 - Sachverständigenleistung n für Löschanlagen"

1.1 Prüfung Eignungskriterien

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt der Bieter die Eignungskriterien?

(Wird durch Auftraggeber nach Eingang der Unterlagen geprüft und beantwortet)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Los 2 -"NR43b: Sachverständigenleistung n - Technischer Ausbau KG 400 Los 2: 430 - Sachverständigenleistung n für Raumluftechnik"

2.1 Prüfung Eignungskriterien

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt der Bieter die Eignungskriterien?

(Wird durch Auftraggeber nach Eingang der Unterlagen geprüft und beantwortet)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Los 3 -"NR43b: Sachverständigenleistung n - Technischer Ausbau KG 400 Los 3: 440 - Sachverständigenleistung n für Starkstrom"

3.1 Prüfung Eignungskriterien

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt der Bieter die Eignungskriterien?

(Wird durch Auftraggeber nach Eingang der Unterlagen geprüft und beantwortet)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Los 4 -"NR43b: Sachverständigenleistung n - Technischer Ausbau KG 400 Los 4: 450 - Sachverständigenleistung n für Nachrichtentechnik"

4.1 Prüfung Eignungskriterien

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt der Bieter die Eignungskriterien?

(Wird durch Auftraggeber nach Eingang der Unterlagen geprüft und beantwortet)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Los 5 -"NR43b: Sachverständigenleistung n - Technischer Ausbau KG 400 Los 5: 460 - Sachverständigenleistung n für Förderanlagen"

5.1 Prüfung Eignungskriterien

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt der Bieter die Eignungskriterien?

(Wird durch Auftraggeber nach Eingang der Unterlagen geprüft und beantwortet)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

6 Los 6 -"NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 6: 480 - Sachverständigenleistungen für Gebäudeautomation"**6.1 Prüfung Eignungskriterien**

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt der Bieter die Eignungskriterien?

(Wird durch Auftraggeber nach Eingang der Unterlagen geprüft und beantwortet)

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: SBEV-2025-0001 - NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Los 1 - "NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 1: 410 - Sachverständigenleistungen für Löschanlagen"

1.1 Berufserfahrung des Prüfsachverständigen

Gewichtung: 67,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele Jahre Berufserfahrung hat der im Wesentlichen mit der Prüfung befasste Prüfsachverständige?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ weniger als 5 Jahre (0)
- ☐ mindestens 5 Jahre oder mehr (10)

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Persönliche Referenzen Prüfsachverständiger

Gewichtung: 33,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab wurden vorgelegt?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Keine Referenzen vorgelegt (0)
- ☐ mindestens 1 oder mehrere Referenzen wurden vorgelegt (10)

Nur eine Antwort wählbar

2 Los 2 - "NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 2: 430 - Sachverständigenleistungen für Raumluftechnik"

2.1 Berufserfahrung des Prüfsachverständigen

Gewichtung: 67,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele Jahre Berufserfahrung hat der im Wesentlichen mit der Prüfung befasste Prüfsachverständige?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ weniger als 5 Jahre (0)
- ☐ mindestens 5 Jahre oder mehr (10)

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Persönliche Referenzen Prüfsachverständiger

Gewichtung: 33,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab wurden vorgelegt?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Keine Referenzen vorgelegt (0)
- ☐ mindestens 1 oder mehrere Referenzen wurden vorgelegt (10)

Nur eine Antwort wählbar

3 Los 3 - "NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 3: 440 - Sachverständigenleistungen für Starkstrom"

3.1 Berufserfahrung des Prüfsachverständigen

Gewichtung: 67,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele Jahre Berufserfahrung hat der im Wesentlichen mit der Prüfung befasste Prüfsachverständige?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ weniger als 5 Jahre (0)
- ☐ mindestens 5 Jahre oder mehr (10)

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Persönliche Referenzen Prüfsachverständiger

Gewichtung: 33,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab wurden vorgelegt?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Keine Referenzen vorgelegt (0)
- ☐ mindestens 1 oder mehrere Referenzen wurden vorgelegt (10)

Nur eine Antwort wählbar

4 Los 4 - "NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 4: 450 - Sachverständigenleistungen für Nachrichtentechnik"

4.1 Berufserfahrung des Prüfsachverständigen

Gewichtung: 67,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele Jahre Berufserfahrung hat der im Wesentlichen mit der Prüfung befasste Prüfsachverständige?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ weniger als 5 Jahre (0)
- ☐ mindestens 5 Jahre oder mehr (10)

Nur eine Antwort wählbar

4.2 Persönliche Referenzen Prüfsachverständiger

Gewichtung: 33,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab wurden vorgelegt?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Keine Referenzen vorgelegt (0)
- ☐ mindestens 1 oder mehrere Referenzen wurden vorgelegt (10)

Nur eine Antwort wählbar

5 Los 5 - "NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 5: 460 - Sachverständigenleistungen für Förderanlagen"

5.1 Berufserfahrung des Prüfsachverständigen

Gewichtung: 67,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele Jahre Berufserfahrung hat der im Wesentlichen mit der Prüfung befasste Prüfsachverständige?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ weniger als 5 Jahre (0)
- ☐ mindestens 5 Jahre oder mehr (10)

Nur eine Antwort wählbar

5.2 Persönliche Referenzen Prüfsachverständiger

Gewichtung: 33,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab wurden vorgelegt?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ ☐ Keine Referenzen vorgelegt (0)
- ☐ ☐ mindestens 1 oder mehrere Referenzen wurden vorgelegt (10)

Nur eine Antwort wählbar

6 Los 6 - "NR43b: Sachverständigenleistungen - Technischer Ausbau KG 400 Los 6: 480 - Sachverständigenleistungen für Gebäudeautomation"

6.1 Berufserfahrung des Prüfsachverständigen

Gewichtung: 67,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele Jahre Berufserfahrung hat der im Wesentlichen mit der Prüfung befasste Prüfsachverständige?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ ☐ weniger als 5 Jahre (0)
- ☐ ☐ mindestens 5 Jahre oder mehr (10)

Nur eine Antwort wählbar

6.2 Persönliche Referenzen Prüfsachverständiger

Gewichtung: 33,00%
Maximalpunktzahl: 10

K.O.-Kriterium: Nein

Wieviele persönliche Referenzen des im Wesentlichen mit der Prüfung befassten Prüfsachverständigen im Gültigkeitsbereich der BOStrab wurden vorgelegt?
(sh. Dokument 1371 - Erläuterungstext Zuschlagskriterien)

- ☐ ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ ☐ Keine Referenzen vorgelegt (0)
- ☐ ☐ mindestens 1 oder mehrere Referenzen wurden vorgelegt (10)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	1310_Vertraulichkeitserklärung_NR43b_V3.docx	28,98 KB	docx
Dateianlage	1372_Persönliche Referenzen_NR43b.xlsx	15,81 KB	xlsx
Dateianlage	2100_240912_SBEV_Allgemeine Projektbeschreibung_V10.pdf	174,04 KB	pdf
Dateianlage	2200_Allgem_Leistungsbild u Projektorga_240827.pdf	151,73 KB	pdf
Dateianlage	2201_LB_SV_410_Los1_Loeschanlagen_NR43b_240827.pdf	54,71 KB	pdf
Dateianlage	2202_LB_SV_430_Los2_Raumlufttechnik_NR43b_240827.pdf	59,49 KB	pdf
Dateianlage	2203_LB_SV_440_Los3_Starkstrom_NR43b_240827.pdf	57,42 KB	pdf
Dateianlage	2204_LB_SV_450_Los4_Nachrichtentechnik_NR43b_240827.pdf	58,51 KB	pdf
Dateianlage	2205_LB_SV_460_Los5_Foerderanlagen_NR43b_240827.pdf	61,17 KB	pdf
Dateianlage	2206_LB_SV_480_Los6_Gebäudeautomation_NR43b_240827.pdf	54,98 KB	pdf
Dateianlage	2210_Organigramm SBEV.pdf	20,74 KB	pdf
Dateianlage	2310-1_Preisblatt_NR43a_Los1_Löschanlagen.xls	34,00 KB	xls
Dateianlage	2310-2_Preisblatt_NR43a_Los2_Raumlufttechnik.xls	34,00 KB	xls
Dateianlage	2310-3_Preisblatt_NR43a_Los3_Starkstrom.xls	34,00 KB	xls
Dateianlage	2310-4_Preisblatt_NR43a_Los4_Nachrichtentechnik.xls	34,00 KB	xls
Dateianlage	2310-5_Preisblatt_NR43a_Los5_Förderanlagen.xls	34,00 KB	xls
Dateianlage	2310-6_Preisblatt_NR43a_Los6_Gebäudeautomation.xls	34,00 KB	xls
Dateianlage	2400_Planmappe_NR43b.pdf	41,83 MB	pdf
Dateianlage	2421_Dokumentenprüfmatrix_Los1_NR43b.pdf	50,39 KB	pdf
Dateianlage	2422_Dokumentenprüfmatrix_Los2_NR43b.pdf	42,70 KB	pdf
Dateianlage	2423_Dokumentenprüfmatrix_Los3_NR43b.pdf	104,34 KB	pdf
Dateianlage	2424_Dokumentenprüfmatrix_Los4_NR43b.pdf	76,26 KB	pdf
Dateianlage	2425_Dokumentenprüfmatrix_Los5_NR43b.pdf	40,29 KB	pdf
Dateianlage	2426_Dokumentenprüfmatrix_Los6_NR43b.pdf	63,64 KB	pdf
Dateianlage	3010_Rahmenterminplan_NR43b_250116.pdf	38,62 KB	pdf